

Julia Habermann, Tobias Singelstein & Louisa Zech

## **Devianz, soziale Kontrolle und Kriminalitätseinstellungen während der Corona-Pandemie – Ergebnisse einer Studierenden-Befragung\***

Die Corona-Pandemie bietet die einmalige Gelegenheit, kriminologische Themen in einer speziellen Krisensituation zu untersuchen, wenngleich bisherige Umfragen diese weitgehend nicht erhoben haben. Diese Umfragen deuten auf die Abnahme von einem zunächst hohen Angstempfinden und eine hohe Zustimmung gegenüber den Maßnahmen zum Infektionsschutz hin. Das Hinweisen auf Verstöße gegen Abstandsregeln und das härtere Betrafen dieser werden als akzeptabel angesehen. Mittels einer Befragung unter Studierenden soll im Folgenden beantwortet werden, wie die Kriminalitätsfurcht in der Krise zu bewerten ist, inwieweit die neuen Regeln eingehalten werden und welche Sanktionsvorstellungen bzgl. Abweichungen vorliegen. Wie ist die Wahrnehmung der Polizei als zentrale Kontrollinstanz zur Einhaltung der Maßnahmen? Die Ergebnisse zeigen, dass das Niveau der affektiven Kriminalitätsfurcht mit der Beunruhigung bezüglich einer Infektion vergleichbar ist. Bei gleichzeitig hoher Akzeptanz von Maßnahmen zum Infektionsschutz wird gegen bestimmte Maßnahmen häufig verstoßen. Das Sanktionsbedürfnis bzgl. solcher Abweichungen ist als moderat zu bewerten, während die Wahrnehmung der Polizei weiterhin positiv ist.

*Schlagwörter:* Abweichendes Verhalten; Corona; COVID-19; Kriminalitätsfurcht; Polizei; Sanktionierungsvorstellungen; SARS-CoV-2; Studierendenbefragung

## **Deviance, Social Control, and Attitudes Towards Crime During the Coronavirus Pandemic – Findings From a Student Survey**

The coronavirus pandemic provides the unique opportunity to study criminological topics in a particular situation of crisis, though such questions have largely been absent from previous surveys. Polls indicate a decline in initially high levels of anxiety and strong approval of infection prevention measures. To point out violations of distancing regulations is seen as acceptable, as are more severe punishments. With our survey among students, an answer is sought on how to assess the fear of crime during the crisis, to what extent the new rules are being followed, and what the expectations are for penalizing deviance. How are the police perceived in their role as the main supervisory body on compliance with these measures? The results show the affective dimension of the fear of crime to be comparable to the anxiety towards an infection. While infection prevention measures are widely accepted, at the same time, certain measures are commonly infringed. The need for punishment of such deviations is moderate and the perception of the police continues to be positive.

*Keywords:* deviant behavior, corona, COVID-19, fear of crime, police, attitudes towards punishment, SARS-CoV-2, student survey

---

\* Wir möchten allen Kolleg\*innen danken, die uns in allen Phasen des Forschungsprozesses, begonnen bei der Idee bis zur Korrektur dieses Artikels, unterstützt haben.

## 1. Einleitung

Seit Beginn der weltweiten Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 Anfang des Jahres 2020 bestimmt dieses weithin das Leben der Menschen. In diesem dynamischen Geschehen bestehen vielfältige Unsicherheiten in der Bevölkerung, wie die Sorge um die eigene Gesundheit oder um die Gesundheit anderer, aber auch die Sorge um die eigene wirtschaftliche Existenz. Zur Eindämmung der Pandemie haben die Bundes- und Landesregierungen ein Maßnahmenpaket erarbeitet, welches die Schließung diverser Einrichtungen und Verbote der Zusammenkunft enthält. Diese Maßnahmen führen außerdem zu einer gravierenden und plötzlichen Veränderung der gewohnten Handlungsrouninen, etwa bei der Einhaltung von Hygieneregeln, Treffen mit Familie und Freunden, der Zusammenarbeit mit Kolleg\*innen oder bei der Freizeitgestaltung und führen zu massiven Herausforderungen, wenn beispielsweise Kinder betreut werden müssen. Aus diesen Änderungen kann wiederum Unsicherheit erwachsen. Gleichzeitig müssen die neuen Regelungen verinnerlicht werden, da Verstöße sanktioniert werden können.

Darin angelegt sind kriminologische Fragestellungen in den Bereichen Ängste und Sorgen, Einstellung zu Maßnahmen sowie die Wahrnehmung der Polizei, die hier anhand der Einstellungen von Studierenden untersucht werden. Dabei werden jeweils unterschiedliche zentrale kriminologische Bereiche fokussiert: Zunächst ist von Interesse, welchen Stellenwert die Kriminalitätsfurcht auch im Vergleich mit der Furcht vor einer Infektion während der Pandemie einnimmt und in welchem Verhältnis die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Ereignisses, sei es ein Kriminalitätsereignis oder die Infektion, und die empfundene Beunruhigung stehen. Wenngleich keine Langzeitanalyse erfolgen kann, so soll doch schon der Versuch einer ersten Einschätzung erfolgen, ob sich das Niveau der Kriminalitätsfurcht während der Pandemie verändert hat. Im Weiteren werden ausgehend von den pandemiebedingten Maßnahmen die kriminologischen Themen abweichendes Verhalten, Sanktionierungsbedürfnis und Meldebereitschaft von Verstößen betrachtet. Dabei wird folgenden Fragen nachgegangen: Verhält sich die Bevölkerung konform? Inwieweit stehen Akzeptanz oder Ablehnung der Maßnahmen in Zusammenhang mit konformen bzw. abweichenden Verhaltensweisen? Und wie soll nach Auffassung der Befragten auf abweichendes Verhalten reagiert werden? Führt die bestehende Verunsicherung zu dem Wunsch, vergleichsweise hart auf Verstöße zu reagieren oder werden diese nicht als sanktionierungsbedürftig angesehen? Gehen die Befragten davon aus, beobachtete Verstöße an die Polizei zu melden und würden sie diese häufiger melden als Ordnungswidrigkeiten? Zuletzt wird der Blick auf die Wahrnehmung der Polizei gelenkt, der in der Pandemie die besondere Aufgabe zukommt, die Infektionsschutzregeln durchzusetzen und Verstöße zu ahnden.

Um diesen aufgeworfenen Fragen nachzugehen, wurden im Zeitraum vom 28. April bis 4. Mai 2020 online 502 Studierende der Ruhr-Universität Bochum befragt. Ziel dieses Beitrags ist es, die daraus entstandenen Befragungsergebnisse überblicksartig uni- und bivariat auch als Ausgangspunkt für vertiefende multivariate Analysen zu präsentieren. Damit wird die bislang dürftige Datenlage zur Pandemie durch Daten zu wesentlichen kriminologischen Themen ergänzt. Wenngleich die Aussagekraft der Ergebnisse auf die Befragten begrenzt bleibt, liefert die Untersuchung als eine der Ersten ihrer Art Ergebnisse zu spezifisch kriminologischen Fragestellungen im Kontext der Corona-Pandemie.

## 2. Forschungsstand

Das Stimmungsbild der Bevölkerung in der Pandemie ad hoc abzubilden ist herausfordernd, bietet aber auch die einmalige Gelegenheit, Meinungen in dieser speziellen Situation zu erheben und Veränderungen aufzuzeigen. In diesem Licht müssen die nachfolgenden Erhebungsergebnisse gelesen werden, die mehrheitlich keine Repräsentativität beanspruchen können. Neben den konkreten methodischen Aspekten, etwa dass eine Vielzahl der Erhebungen online durchgeführt wurde, müssen auch die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte berücksichtigt werden, da von einem dynamischen Geschehen auszugehen ist, in dem sich Bewertungen relativ kurzfristig ändern können.

### 2.1. Ängste und Sorgen in der Corona-Pandemie

Die Pandemie bietet großes Potenzial für Verunsicherungen und kann nach Habermas im Gegensatz zu den sonstigen Unsicherheiten als größer verstanden werden, da sie global und gleichzeitig wirkt (Schwering 2020). Die Pandemie erschüttert zunächst den Glauben an die Beherrschbarkeit der Natur und führt die Unwissenheit hinsichtlich des neuartigen Erregers vor Augen. Wird Kriminalitätsfurcht auch als Projektionsfläche diffuser Ängste ausgelöst durch Modernisierungsprozesse verstanden (vgl. Kunz & Singelnstein, 2016, § 23, Rn. 31), kann sie in der Pandemie durch Sorgen um den Gesundheitszustand, ökonomische Auswirkungen sowohl auf Ebene des Individuums als auch gesamtgesellschaftlich, eine mögliche Destabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Beunruhigung vor staatlicher Machtentfaltung beeinflusst sein (vgl. Hirtenlehner, Hummelsheim-Doss & Sessar, 2018, S. 466 f.). Ausgehend von der Annahme, dass zu Anfang der Pandemie zunächst Ängste um eine Infektion an sich dominieren, soll die Wahrscheinlichkeit und die Beunruhigung durch eine Infektion als neuere und konkretere Angst im Vergleich zur Kriminalitätsfurcht betrachtet werden. Die Aufnahme weiterer Ängste war aufgrund der Länge des Fragebogens nicht möglich. Die im Folgenden vorgestellten empirischen Arbeiten verdeutlichen das Ausmaß des Angst- und Bedrohungsempfindens bezüglich des Coronavirus sowie die Bewertung des subjektiven Ansteckungsrisikos.

#### 2.1.1. Gefühle der Angst und Bedrohung in der Corona-Pandemie

Zur Angst vor einer Ansteckung zeigt eine Befragung, dass insbesondere im Zeitraum vom 23. März bis zum 6. April 2020 ein hohes Angstempfinden unter den jeweils etwa 2 000 Befragten besteht. In drei Befragungszeiträumen gibt jeweils knapp die Hälfte der Befragten (47 bis 49 %) an, sehr große oder eher große Angst vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu haben. Bis zum 3. Mai 2020 sinkt dieser Wert auf 40 % (YouGov, 2020a). Auch die wahrgenommene Bedrohung durch das Coronavirus liegt auf einer Skala von 0 bis 100 zunächst bei über 50 und damit auf einem eher hohen Niveau. Im Zeitverlauf nimmt die gefühlte Bedrohung ab und liegt am 7. Mai 2020 bei ca. 33 (Blom et al., 2020b, S. 14 f.; Blom et al., 2020c, S. 19 ff.). Die Ergebnisse basieren auf der großangelegten Mannheimer Corona-Studie, die Informationen tagesaktuell und online mittels eines als repräsentativ zu bewertenden Panels mit Teilnehmendenzahlen zwischen 431 und 643 Befragten erhebt (Blom et al., 2020a, S. 3, S. 16 f.). Be-

unruhigt durch das Coronavirus fühlen sich laut einer Online-Befragung der FU Berlin im Zeitraum vom 19. bis 23. März 2020 mit einer Stichprobe von 1 300 Personen 62,1 % der Befragten (Gerhold, 2020, S. 2). Angst, Bedrohung und Beunruhigung sind nach diesen Ergebnissen zunächst recht hoch und nehmen im Zeitverlauf ab.

Dagegen zeigt eine andere Befragung, dass die Angst, selbst an COVID-19 zu erkranken auf einem eher geringen und recht stabilen Niveau verbleibt. Die Ergebnisse basieren auf einer Online-Befragung von 2 346 Personen, von denen 1 442 Personen auch an einer Nachfolgebefragung teilnahmen. Jeweils etwa ein Fünftel gibt bei der ersten und zweiten Erhebungswelle an, (sehr) viel Angst vor einer eigenen Erkrankung zu haben. Sehr viel größer ist dagegen die Angst um nahestehende Personen (67 % erste Befragungswelle, 60 % zweite Befragungswelle) (Lang, Rupprecht & Martin, 2020b, S. 3; vergleichbare Ergebnisse zur Angst um nahestehende Personen s. Rees et al., 2020, S. 5, S. 8).

Die R+V Studie „Die Ängste der Deutschen“ erhebt seit fast 30 Jahren und auch während der Corona-Pandemie Daten zum Ausmaß unterschiedlicher Ängste. Im April 2020 ist die Angst um eine schwere Erkrankung im Vergleich zum vorherigen Befragungszeitpunkt zwar gestiegen, im Langzeitvergleich aber auf dem zweitniedrigsten Stand. Höhere Werte werden bei allen vorausgegangenen Infektionsgeschehen beobachtet (R+V, 2020a, S. 2 ff.).<sup>2</sup> Die empfundene Angst nimmt mit steigendem Alter zu (R+V, 2020b, S. 1). Die Sorge vor einer schlechten Wirtschaftslage ist von 35 % auf 58 % deutlich angestiegen, die Angst vor Arbeitslosigkeit verbleibt aber auf dem Niveau des vorherigen Befragungszeitpunkts (24 %) (R+V, 2020a, S. 2 ff.). Die erhöhte Angst bezüglich der wirtschaftlichen Lage zeigt sich auch in einer Befragung der Hamburger Bevölkerung (Thurnes, 2020, S. 259). Bei Betrachtung des Rankings der 22 erfragten Ängste belegt die Angst vor Pandemien Platz neun und die Angst vor Straftaten nur Platz 21 (R+V, 2020b, S. 2, S. 4).

### 2.1.2. Subjektives Ansteckungsrisiko

Unter dem subjektiven Ansteckungsrisiko wird in Studien die Wahrscheinlichkeitseinschätzung der Befragten betrachtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums an COVID-19 zu erkranken bzw. schwer zu erkranken.

In einer Online-Befragung durch GESIS in der Zeit vom 16. bis 29. März 2020 schätzt fast ein Drittel der Befragten eine Infektion in den nächsten zwei Monaten als mindestens eher wahrscheinlich ein (35,5 %). Dass diese Infektion eine Behandlung im Krankenhaus mit sich bringt und damit eher schwer verläuft erwartet fast jede sechste Person (14,9 %). Bei beiden Variablen zeigen sich mittlere Zusammenhänge zum Alter, die jedoch in unterschiedliche Richtungen verlaufen: Ältere Befragte halten eine Infektion für weniger wahrscheinlich als jüngere (so auch die Ergebnisse von Gerhold, 2020), halten aber einen Krankenhausaufenthalt bei Infektion für wahrscheinlicher. Ein sehr geringer Zusammenhang zeigt sich zwischen Schüler\*innen, Auszubildenden und Studierenden, die etwas seltener schwere Krankheitsverläufe für wahrscheinlich halten (eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020). Für den

---

<sup>1</sup> Laut der Auskunft des Forschungsteams betrifft die erste Befragungswelle hauptsächlich den Befragungszeitraum zwischen dem 31. März und dem 13. April. Die zweite Befragung wurde zwischen dem 17. April und dem 11. Mai durchgeführt, wobei eine Teilnahme an der ersten Befragung immer noch möglich war.

<sup>2</sup> Im Einzelnen sind dies: 2002/2003 SARS-CoV: ca. 52 %; 2003 Vogelgrippe: 52 %; 2009 Schweinegrippe: 49 %; 2012 MERS: 46 % (R+V, 2020a, S. 2).

daraufliegenden Zeitraum vom 31. März bis 2. April 2020 wird das Risiko einer anderen Studie zufolge von ca. der Hälfte der insgesamt 2 028 online Befragten als wahrscheinlich und nur von etwa 15 % als unwahrscheinlich bewertet (Müller-Peters, 2020, S. 4, S. 15).

Im Zeitverlauf wird die Wahrscheinlichkeit einer Infektion von Befragten als weniger hoch angesehen. So nimmt bei 2 891 bzw. 2 678 online Befragten der Anteil von denjenigen, die eine Infektion als (sehr) wahrscheinlich bewerten, von 46,7 % zwischen dem 30. März und 12. April 2020 auf 31,1 % zwischen dem 13. und 26. April 2020 ab. Auch deutlich gesunken ist die (große) Sorge um eine Infektion (Renner et al., 2020, S. 2 f., S. 6 f.).

Die Mannheimer Corona-Studie unterstreicht diesen Befund: Das subjektive Ansteckungsrisiko für die nächsten sieben Tage, abgebildet auf einer Skala von 0 bis 100, startet bei 17 (20. März 2020) und flacht langsam auf ca. 4 ab (7. Mai 2020) (Blom et al., 2020b, S. 14 f.; Blom et al., 2020c, S. 19 ff.). Das subjektive Risiko einer schweren Erkrankung, bewertet auf einer Skala von 1 bis 7, verbleibt auf einem vergleichsweise stabilen Niveau (27. März 2020<sup>3</sup>: 3,51; 7. Mai 2020: 3,38) (Blom et al., 2020b, S. 15; Blom et al., 2020c, S. 19 ff.).

## **2.2. Einstellungen zu Maßnahmen & Verstößen in der Corona-Pandemie**

### **2.2.1. Bewertung von Maßnahmen**

Bund und Länder haben umfangreiche Maßnahmen zum Infektionsschutz beschlossen. Dazu gehören u. a. Verbote von Veranstaltungen, Schließungen von Geschäften und Kontaktbeschränkungen. Es ist davon auszugehen, dass die Bewertung der Maßnahmen als angemessen auf der Einstellungsebene die Einhaltung der Maßnahmen auf der Verhaltensebene beeinflusst.

Von der deutlichen Mehrheit der Bevölkerung werden die Maßnahmen im Gesamten als angemessen angesehen (Rieger & Wang, 2020a, S. 2, S. 8, S. 17; Infratest dimap, 2020; Lang, Rupperecht & Martin 2020a, S. 1; Lang, Rupperecht & Martin, 2020b, S. 1). In einer Online-Befragung, die über Twitter angestoßen und im Zeitraum vom 20. März bis zum 23. April 2020 durchgeführt wurde, bewertet sogar nur deutlich weniger als ein Fünftel der Befragten die staatlichen Reaktionen auf die Pandemie zusammengenommen als unangemessen. Dies umfasst sowohl Befragte, die die Maßnahmen als zu extrem, als auch Befragte, die diese als nicht weitgehend genug ansehen (Rieger & Wang, 2020a, S. 2, S. 8, S. 17).<sup>4</sup> Eine andere Studie zeigt dagegen, dass ein vergleichsweise hoher Anteil von 31,5 % der Aussage, die Maßnahmen im Allgemeinen seien übertrieben, mindestens eher zustimmt. Eine Differenzierung nach Maßnahmen erfolgt dabei nicht. Es zeigen sich Zusammenhänge mit dem parteipolitischen Standpunkt. Personen, die auf die Sonntagsfrage, also auf die Frage, welche Partei sie wählen würden, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke wählen würden, bewerten die Maßnahmen wesentlich seltener als übertrieben. Potenzielle Wähler\*innen der FDP und der AfD bewerten die Maßnahmen in großem Ausmaß als übertrieben.<sup>5</sup> Dennoch erachtet auch in dieser Studie die Mehrheit der Befragten die Maßnahmen als geeignet, um die Gesundheit zu schützen (60,7 %) (Wagschal et al., 2020,

<sup>3</sup> Werte für den Zeitraum vom 20. bis 26. März 2020 sind nicht vorhanden (Blom et al., 2020c, S. 19).

<sup>4</sup> Die Gesamtzahl der in Deutschland realisierten Befragungen ist nicht ablesbar.

<sup>5</sup> Etwa die Hälfte bis fast drei Viertel der Anhänger\*innen der FDP, AfD und der sonstigen Parteien (nicht im Bundestag vertreten) empfinden die Maßnahmen als übertrieben, dagegen kommen weniger

S. 7, S. 9). Eine weitere Studie stellt einen Zusammenhang zwischen einer größeren Sorge um die eigene Gesundheit und der Bewertung fest, Maßnahmen seien unzureichend (Lang, Rupprecht & Martin, 2020a, S. 2).

Befragt nach den Maßnahmen im Einzelnen erzielten u. a. Schließungen von öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungsverbote und Kontaktbeschränkungen hohe Zustimmungswerte, die im Zeitverlauf jedoch abnehmen. So zeigt eine Telefonbefragung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) am 24. März 2020 zunächst hohe Zustimmung zu einer Vielzahl an einschränkenden Maßnahmen unter 510 Befragten. Bis zum 5. Mai 2020 verbleibt die Zustimmung zwar auf einem relativ hohen Niveau, hat aber im Vergleich zum ersten Befragungszeitpunkt deutlich abgenommen. Dies gilt insbesondere für Kontaktverbote, bezüglich derer der Wert um 25 Prozentpunkte zurückgeht (vgl. Tabelle 1) (BfR, 2020a, S. 5; BfR 2020c, S. 11).

*Tabelle 1:* Zustimmung zu Maßnahmen nach einer Befragung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR)

Zustimmung zu Maßnahmen	24. März	28. April	5. Mai
Schließung von Kultureinrichtungen	97 %	85 %	80 %
Veranstaltungsverbote	97 %	88 %	89 %
Schließung von Schulen/Kitas	94 %	76 %	75 %
Kontaktverbote	92 %	77 %	67 %
Schließung von Geschäften	86 %	66 %	-
Abstandsregelung	-	-	90 %
Anzahl Befragte	503-507	483-501	504

Basierend auf BfR, 2020a, S. 5; BfR, 2020b, S. 11; BfR, 2020c, S. 11.

Diese Ergebnisse werden durch die Mannheimer Corona-Studie gestützt: Sowohl die Schließung öffentlicher Einrichtungen als auch ein Verbot von Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmenden erfahren ab dem ersten Erhebungsdatum (20. März 2020) mit über 90 % zunächst große Zustimmung in der Bevölkerung. Während die Zustimmung zum Veranstaltungsverbot bis zum 7. Mai 2020 auf einem recht hohen Akzeptanzniveau verbleibt (86,7 %), nimmt im Zeitverlauf die Zustimmung zur Schließung öffentlicher Einrichtungen deutlich ab und liegt am 7. Mai 2020 nur noch bei 42,5 % (Blom et al., 2020b, S. 6 f.; Blom et al., 2020c, S. 6 ff.).

Das Zustimmungsniveau zu den Maßnahmen ist in einer anderen Online-Umfrage zwar deutlich geringer als in den zuvor berichteten Studien, drückt aber auch große Zustimmung aus. Zwischen dem 12. und 16. März 2020 äußerten von 1 000 wahlberechtigten Befragten 70 % große Zustimmung zur Schließung von Schulen und Kitas sowie 84 % zum Verbot von Großveranstaltungen (Infratest dimap, 2020). In der Zeit vom 2. bis 15. April erhält die Schließung von Schulen und Universitäten eine vergleichsweise niedrige Zustimmung (65,8 %). Der Absage öffentlicher Zusammenkünfte wird auch eher verhalten zugestimmt (72,1 %) (Schreyögg et al., 2020, S. 2).<sup>6</sup>

---

als 15 % der Anhänger\*innen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und ca. 20 % der Linkspartei zu dieser Einschätzung (Wagschal et al., 2020, S. 9).

<sup>6</sup> Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich bei dem Forscher\*innenteam Schreyögg et al., das uns die Zahlen für Deutschland bereits vor Publikation dieser in einem Fachaufsatz zur Verfügung stellte. Die Daten entstammen einer Online-Befragung mit 7 500 Teilnehmenden aus sieben europäischen Ländern. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Deutschland, wobei die Anzahl in Deutschland realisierter Befragungen nicht bekannt ist.

Sowohl der Einschränkung sozialer Kontakte als auch den Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden Sinnhaftigkeit zugesprochen (94 % bzw. 92 %) (Rees et al., 2020, S. 10; vergleichbar auch Schulze et al., 2020, S. 4, S. 17 f.). In der Zeit vom 23. März bis 5. April 2020 nimmt die Zuschreibung von Sinnhaftigkeit leicht ab (Rees et al., 2020, S. 10). Die Wirksamkeit der Schließung unterschiedlicher Einrichtungen wird ebenfalls als hoch angesehen (eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020).<sup>7</sup>

### 2.2.2. Einhaltung der Maßnahmen durch Befragte

Den Umfrageergebnissen zufolge stellt die Bevölkerung ihr Verhalten schnell und gravierend um. In der Woche vom 2. bis 8. März 2020, in welcher noch keine Maßnahmen erlassen sind, gibt die Mehrheit der Befragten an, sich in den vergangenen sieben Tagen mehrmals mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen getroffen zu haben (40,5 %). Der Anteil der Personen, die keine Treffen hatten, liegt bei nur 15,1 % (Blom et al., 2020b, S. 4 f.; Blom et al., 2020c, S. 3 f.). Da zu diesem Befragungszeitpunkt bereits bekannt war, dass sich eine Infektionswelle ausbreitet, hatten Befragte womöglich die Häufigkeit privater Treffen schon reduziert. Mit dem Inkrafttreten der Maßnahmen steigt der Anteil dieser Personen auf bis zu 70,6 % (27. März 2020) und sinkt danach auf einen Stand von 38,8 % am 7. Mai 2020, um danach weiter abzusinken. Nichtsdestotrotz liegt der Anteil an Personen, die vollständig auf private Treffen verzichten, am 7. Mai 2020 noch deutlich über dem Niveau vor Erlass der beschränkenden Maßnahmen (Blom et al., 2020b, S. 4 f.; Blom et al., 2020c, S. 3 f.).

Mehr als drei Viertel aller Befragten geben zu Beginn der Maßnahmen an, dass sie private Treffen meiden. Zu Grunde liegen zwei online durchgeführte Befragungen: Eine repräsentative Befragung mit 1 513 Befragten im Zeitraum vom 20. bis 28. März 2020 und eine nicht repräsentative Befragung vom 20. bis 30. März 2020 mit 3 036 Befragten (Goersch, 2020, S. 4, S. 68; vergleichbar auch Schulze et al., 2020, S. 4, S. 17 f.; eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020). Orte mit vielen Menschen werden von etwa 85 % der Befragten gemieden (Schulze et al., 2020, S. 4, S. 17 f.; eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020). Ein sehr geringer Zusammenhang zeigt sich dahingehend, dass Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende etwas seltener Orte meiden und einen Abstand von 1,5 Metern einhalten.

Somit scheint insbesondere die Zustimmung zum Kontaktverbot einen großen Einbruch zu erleben. Seine Fortgeltung unter gelockerten Bedingungen wird jedoch weiterhin mehrheitlich von fast zwei Drittel unterstützt (YouGov, 2020b; BfR, 2020c, S. 11). Gleichzeitig deuten Auswertungen von Bewegungs- und Befragungsdaten darauf hin, dass Bürger\*innen seit April wieder vermehrt außerhäuslichen Aktivitäten nachgehen (Rieger & Wang, 2020b, S. 5, S. 11). Dies könnte indizieren, dass Maßnahmen im Zeitverlauf immer weniger eingehalten werden und abweichendes Verhalten zunimmt.

Sehr unterschiedliche Ergebnisse zeigen sich bezüglich der Umsetzung von Abstandsregelungen. Auf die Frage „Haben oder hatten Sie Maßnahmen ergriffen, um sich oder Ihre Familie vor dem neuartigen Coronavirus zu schützen?“ nennen in der Befragung des BfR (2020c, S. 14)

---

<sup>7</sup> Ziemliche oder hohe Wirksamkeit bei Schließung von Kitas, Kindergärten, Schulen: 85,7 %, Schließung von Sportvereinen und Freizeitzentren: 88,6 %, Schließung von Bars, Cafés und Restaurants: 88,3 %, Schließung von Geschäften: 74,3 %, Besuchsverbot für Krankenhäuser, Pflege- und Altenheimen: 89,4 % (Eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020).

maximal ein Fünftel der Befragten, Abstand zu anderen zu halten.<sup>8</sup> In der Befragung von GESIS geben dagegen vier von fünf Befragten an, dass sie in den letzten Tagen mindestens 1,5 Meter Abstand zu anderen Personen gehalten hätten (eigene Berechnungen basierend auf GESIS Panel Team, 2020).

Die einzige Studie in Deutschland, die sich mit der Einhaltung von Maßnahmen auseinandersetzt, zeigt, dass etwa zwei Drittel der Befragten meinen, sich „voll und ganz“ an die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu halten. Eine Minderheit von etwa 5 % gibt an, sich eher nicht oder überhaupt nicht an die Beschränkungen zu halten. Zusammenhänge zu soziodemografischen Variablen zeigen, dass Männer sich weniger konform verhalten als Frauen und sich Personen ab 45 Jahren noch leicht regelkonformer verhalten als jüngere (Müller-Peters, 2020, S. 17; bzgl. des Geschlechtsunterschiedes auch: Nivette & Eisner, 2020). Dies steht im Einklang mit allgemeinen kriminologischen Erkenntnissen.

### **2.2.3. Verwerflichkeit der Nicht-Einhaltung von Maßnahmen, Sanktionsbedürfnis und Anzeigebereitschaft**

In einer Online-Befragung am 24. und 25. März 2020 mit 250 jungen Menschen – überwiegend Studierenden – wird nach Einstellungen zu Verstößen gegen das Gebot des Physical Distancing gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Besuch im Altenheim (83,7 %) und eine Party auf dem Uni-Campus (80,3 %) mehrheitlich als inakzeptabel angesehen werden, wohingegen bei einem Fußballspiel (49,4 %) deutlich weniger Befragte eine Bewertung als inakzeptabel vornehmen. Hinweise auf Abstandsregelungen werden mehrheitlich als völlig in Ordnung angesehen, sowohl in der Form der Zurückweisung einer Umarmung zwischen zwei Freundinnen (91,0 %) als auch in der Form, dass eine Freundin ihrem Freund sagt, sie empfinde es als unverantwortlich, „(...) wenn er sich weiterhin mit seinen Freunden trifft“ (69,1 %) (Rieger, 2020, S. 2 ff.).

Aussagen zum Sanktionsbedürfnis sind nur über in einer Studie erhobene restriktiv-autoritäre Items möglich. Diese wurde online mit 3 111 Befragten im Zeitraum vom 23. März bis 5. April 2020 durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass mehr als die Hälfte der Befragten härtere Strafen für Personen fordern, die sich nicht an die Maßnahmen zum Infektionsschutz halten. Ebenfalls mehr als die Hälfte der Befragten verlangen in der Pandemie mehr Respekt gegenüber Behörden. Dem Item „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man während der Corona-Krise härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.“ stimmen immerhin noch 37 % mindestens eher zu (vgl. Tabelle 2). Die Zustimmung zu den restriktiv-autoritären<sup>9</sup> Aussagen nimmt im Zeitverlauf ab (Rees et al., 2020, S. 12 f.).

Bestätigung findet auch der allgemeine kriminologische Befund, dass die Androhung von Strafe im Vergleich zu anderen Gründen der schlechteste Motivator für die Einhaltung von Normen zu sein scheint. Neun von zehn Befragte würden sich an eine Ausgangsperre halten,

---

<sup>8</sup> Der Anteil der Personen, die Abstand einhalten, nimmt dabei kontinuierlich zu (24. März: 12 %; 28. April: 15 %; 5. Mai: 19 %) (BfR, 2020a, S. 6; BfR, 2020b, S. 14; BfR, 2020c, S. 14).

<sup>9</sup> Dazu zählen die Aussagen: „Menschen, die sich während der Corona-Krise nicht an die verhängten Maßnahmen halten, sollten härter bestraft werden.“; „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, wie wir die Corona-Krise bewältigen.“; „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man während der Corona-Krise härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.“ (Rees et al., 2020, S. 12 f.).

von diesen gab aber weniger als jeder fünfte an, dies aus Angst vor einer Bestrafung zu tun (eigene Berechnungen GESIS Panel Team, 2020).

*Tabelle 2: Zustimmung zu restriktiv-autoritären Items*

	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Teils/teils	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu
„Menschen, die sich während der Corona-Krise nicht an die verhängten Maßnahmen halten, sollten härter bestraft werden.“	5 %	14 %	22 %	32 %	25 %
„Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man während der Corona-Krise härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.“	16 %	21 %	24 %	22 %	15 %
„Während der Corona-Krise sollten die Menschen mehr Gehorsam und Respekt gegenüber den Behörden zeigen.“	7 %	11 %	27 %	36 %	19 %

Quelle: Rees et al., 2020, S. 12 f.

Über das Meldeverhalten an die Polizei informiert eine repräsentative Online-Befragung, die zwischen dem 23. April und 06. Mai 2020 mit 1 203 Hamburger Bürger\*innen ab 16 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft durchgeführt wurde. Verstöße gegen die Maßnahmen würden 31 % der Hamburger\*innen der Polizei melden. Zum Vergleich bietet sich die Alarmierung der Polizei bei Ruhestörungen durch betrunkene Jugendliche an, die von 36 % gemeldet werden würde (Thurnes, 2020, S. 258, S. 260). Auch Medienberichte legen nahe, dass in der Bevölkerung eine eher hohe Bereitschaft besteht, beobachtete Verstöße der Polizei zu melden (bspw. Wartusch, 2020).

### 2.3. Die Wahrnehmung der Polizei vor und in der Pandemie

Empirische Studien vor der Corona-Pandemie zeigen, dass das Vertrauen in die Polizei und ihre Arbeit hoch ist (GfK Verein, 2018, S. 29, S. 87; eigene Berechnungen basierend auf GESIS, 2020). Dieses kann nach bisherigen Befunden bei jüngeren Menschen geringer ausgeprägt sein als bei älteren Menschen (Baier & Ellrich, 2014, S. 54, S. 82).<sup>10</sup>

Eine repräsentative postalische Befragung des LKA Niedersachsen im Jahr 2015 mit 20 468 Befragten ab 16 Jahren zeigt ein positives Bild der Polizei in der Bevölkerung Niedersachsens.<sup>11</sup> Nur etwas mehr als jede zehnte befragte Person glaubt, dass man von der Polizei ungerecht behandelt wird. Etwas weniger zweifeln daran, dass Gesetze eingehalten und Rechte gewahrt werden (9,2 %) (KFS, 2016, S. 54).<sup>12</sup> Auch in Bezug auf die Polizeiarbeit bestätigt sich dieser

<sup>10</sup> Die Analyse basiert auf Befragten aus den alten Bundesländern mit deutscher Staatsangehörigkeit (Baier & Ellrich, 2014, S. 50). Eigene Auswertungen des ALLBUS ergeben für das Jahr 2018 keine bedeutenden Unterschiede hinsichtlich des Vertrauens in die Polizei nach Geschlecht sowie Alter der Befragten (eigene Berechnungen basierend auf GESIS, 2020).

<sup>11</sup> Die Rücklaufquote betrug 51,2 % (KFS, 2016, S. 5).

<sup>12</sup> Die Aussagen wurden positiv formuliert mittels einer vierstufigen Antwortskala von „Stimme gar nicht zu“ bis „Stimme völlig zu“ abgefragt (KFS, 2016, S. 54). An dieser Stelle wurden die Kategorien „Stimme gar nicht zu“ und „Stimme eher nicht zu“ zusammengefasst.

über allgemeine Aussagen erhobene Eindruck, wenngleich nun eine etwas kritischere Stellungnahme erfolgt: Ein Fünftel der Befragten gehen davon aus, dass die Polizei sowohl deutsche und ausländische Person (20,8 %) als auch ärmere und reichere Personen ungleich behandelt (20,2 %). Jede zehnte Person stimmt mindestens eher der Aussage zu, dass die Polizei auch dann Gewalt einsetzt, wenn diese rechtlich nicht geboten ist (11,3 %) (KFS, 2016, S. 57).

Bei abgefragten Attributen ergibt sich ein sehr positives Bild der Polizei: Diese wird von der deutlichen Mehrheit als bürgerfreundlich (85,3 %), vertrauenswürdig (84,1 %), höflich (83,2 %) und professionell beschrieben (80,0 %). Das Interesse der Polizei (72,7 %) und ihre Flexibilität (68,4 %) werden geringer bewertet. Zwischen 14 % und 41 % der Befragten geben an, dass sie einzelne Eigenschaften der Polizei nicht bewerten können, womit hohe Anteile fehlender Werte vorliegen (KFS, 2016, S. 56). Die Befragten mit einem Polizeikontakt im Jahr 2014 sind zu 80,8 % mit diesem eher zufrieden, nur 18,0 % empfinden eher Unzufriedenheit (KFS, 2016, S. 58).<sup>13</sup>

Die Pandemie hat die polizeiliche Tätigkeit erheblich verändert, was sich auf den Polizei-Bürger\*innen-Kontakt und damit auch auf die Wahrnehmung der Polizei innerhalb der Bevölkerung auswirken könnte. Veränderungen können sich beispielsweise dadurch ergeben, dass in einer recht unklaren Lage neue gesetzliche Regelungen umgesetzt werden müssen, deren Gehalt nicht durch eine bestehende Rechtspraxis geklärt ist und zu denen keine Schulungen stattfinden können (vgl. Arnd & Brockmann, 2020, S. 286).

Eine empirische Studie zur Zeit der Pandemie zeigt jedoch, dass sich das positive Bild der Polizei (zunächst) auch in der Pandemie fortsetzt. Zu Grunde liegt eine online durchgeführte Befragung der deutschen Hamburger Bevölkerung ab 16 Jahren mit 1 203 Befragten zwischen dem 23. April und dem 06. Mai 2020, in der sowohl die Polizei als Institution als auch Polizeibeamt\*innen mit positiven Zuschreibungen belegt werden. Die Ergebnisse im Einzelnen entsprechen weitgehend den geschilderten Ergebnissen der vorher angeführten Studie. 87 % der Befragten gaben an, dass man sich auch in der Corona-Pandemie auf die Polizei verlassen könnte (Thurnes, 2020, S. 257, S. 260 f.).

## 2.4. Zwischenfazit

Die unterschiedlichen Studien, die selten repräsentativ sind, zeichnen ein recht einheitliches Bild der Einstellung der Bevölkerung. Gerade zu Beginn der Pandemie besteht größere Angst und Beunruhigung und ein erheblicher Teil der Befragten geht von einer Infektionswahrscheinlichkeit aus, wobei beides im Zeitverlauf und bis zum Zeitpunkt der hier vorgestellten Erhebung abnimmt. Gleichzeitig dominiert die Angst vor einer Infektion nicht, sondern stehen andere Ängste im Vordergrund, beispielsweise solche um die wirtschaftliche Existenz.

Die staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie, die gravierend in das Alltagsleben eingreifen und Freiheitsrechte massiv einschränken, werden als angemessen und sinnvoll bewertet und erfahren sehr hohe Zustimmung, wobei diese ebenfalls im Zeitverlauf zurückgeht, insbesondere bezüglich des Kontaktverbots.

Diese hohe Akzeptanz der Maßnahmen dürfte dazu beitragen, dass die Beschränkungen auch eingehalten werden. Zwei Drittel der Befragten glaubt, sich voll und ganz an die – sich mitunter

---

<sup>13</sup> 1,1 % der Befragten machen keine Angabe (KFS, 2016, S.58).

ändernden – Maßnahmen zu halten. Zu überlegen ist, inwieweit die eigene Abweichung angemessen reflektiert wird und adäquat mittels pauschaler Aussagen erhoben werden kann.<sup>14</sup> Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass die Erwartungshaltung besteht, dass andere die Maßnahmen ebenfalls befolgen und dass auf Abweichungen reagiert wird. Dies zeigt sich daran, dass unterschiedliche Zusammenkünfte mehrerer Personen als nicht akzeptabel angesehen werden und gleichzeitig der Verweis auf in der Pandemie als unangemessen empfundenen Verhalten als verständliche und richtige Reaktion gesehen wird. Zumindest anfänglich verlangt die Hälfte der Befragten härtere Strafen als Reaktion auf Verstöße.

Die Polizei wird nach wie vor mit sehr positiven Eigenschaften belegt und auch in der Corona-Pandemie ist die deutliche Mehrheit überzeugt, sich auf die Polizei verlassen zu können.

Problematisch bezüglich der Studienlage ist zum einen, dass hinsichtlich bestimmter Themen, wie der Wahrnehmung der Polizei oder des Sanktionierungsbedürfnisses, nur einzelne Studien existieren. Zum anderen beziehen sich die bislang zur Verfügung stehenden Erkenntnisse insbesondere auf die Anfangsphase der Pandemie. Erste Ergebnisse zeigen, dass sich Wertungen im Verlauf der Pandemie teilweise erheblich ändern.

### 3. Methode

Die im Folgenden berichteten Ergebnisse stammen aus einer Studierendenbefragung an der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Die Online-Umfrage startete am 28. April 2020 ins Feld und endete abrupt am 7. Mai 2020 durch einen externen Cyberangriff auf die zentrale IT-Infrastruktur der RUB. Der vorliegende Datensatz beinhaltet bedingt hierdurch Teilnahmen bis zum Zeitpunkt der letzten Datensicherung am 4. Mai 2020 11:37 Uhr. Die Bekanntmachung der Studie erfolgte zum einen in mehreren rechtswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen. Zum anderen wurden gezielt Studierende der Psychologie zur Umfrage eingeladen. Diesen wurde die Möglichkeit geboten, Versuchspersonenstunden bescheinigt zu bekommen.

Im Fragebogen wurden nur die affektive und kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht erhoben. Auf die Erhebung der konativen Kriminalitätsfurcht wurde verzichtet. Die in Befragungen standardmäßig eingesetzten Items, wie etwa „Haben Sie bestimmte Straßen oder Plätze gemieden“ oder „Haben Sie größere Menschenansammlungen gemieden“ sind angesichts der infektionsbedingten Verhaltensänderungen nicht zielorientiert nutzbar.

Bei den verwendeten Antwortskalen wurde bewusst auf eine Mittelkategorie verzichtet, um eine Positionierung zu erzwingen. Ausgangspunkt der Überlegung war, dass zum Erhebungszeitpunkt die Einstellungen der Befragten womöglich noch gar nicht oder wenig ausgebildet sind und sich verändern können. Die Auswahl der abgefragten Maßnahmen richtete sich danach, dass diese bundeseinheitlich erlassen wurden und so Länderdifferenzen nicht berücksichtigt werden mussten (zu den Maßnahmen im Einzelnen siehe Tabelle 5). Bei der Frage nach einer als angemessen empfundenen Reaktion auf Verstöße gegen Maßnahmen wurde lediglich die Sanktionsart, nicht jedoch die Sanktionshöhe erfragt.

Im Zuge der Datenkontrolle wurden vier doppelte Fälle sowie vier Fälle mit einem sehr hohen Anteil an fehlenden Werten aus dem Datensatz entfernt, somit verblieben 502 Personen in der

---

<sup>14</sup> So zeigen bspw. Erkenntnisse aus dem Forschungsbereich zu Gewalt gegen Frauen, dass die Abfrage einzelner Items zu konkreten Handlungen ein größeres Gewaltausmaß aufdeckt als eine allgemeinere Einstiegsfrage (bspw. Müller & Schröttle, 2004, Abschnitt Teilpopulation 1 – Flüchtlingsfrauen, S. 29).

Stichprobe. Personen, die bei vielen Itembatterien keine Variationen im Antwortverhalten zeigten, konnten nicht identifiziert werden.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist weiblich (71,8 %, männlich 27,6 %, divers 0,6 %, keine Angabe 1,0 %) und studiert Rechtswissenschaften (79,1 %, 13,7 % anderer Studiengang, 7,2 % keine Angabe) im Grundstudium (75,5 %, Aufbaustudium 15,1 %, 9,4 % keine Angabe). Entsprechend sind die meisten Befragten zwischen 20 bis unter 25 Jahren alt (58,4 %), gefolgt von der Alterskategorie 18 bis unter 20 Jahre (28,2 %). Wenige der Befragten sind keine Vollzeit-Studierenden (5,6 %). Sechs der Studierenden sind nicht an der RUB eingeschrieben.

Um die Ergebnisse der Befragung und ihre Entstehungsbedingungen besser einordnen zu können, ist die zeitliche Verortung des Erhebungszeitpunktes im Hinblick auf politische Entscheidungen und Diskussionen bedeutend. Das Bundesgesundheitsministerium geht davon aus, dass am 27. Januar 2020 die erste Infektion mit dem Coronavirus in Deutschland vorlag (Bundesministerium für Gesundheit, 2020). Am 16. März 2020 einigten sich die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf „Leitlinien zum Kampf gegen die Corona-Epidemie“. Diese enthalten die Schließung von Geschäften, öffentlichen Einrichtungen und Gastronomie- und Freizeitbetrieben sowie das Verbot von Zusammenkünften und Veranstaltungen (CILIP-Redaktion, 2020, S. 9). Seit dem 22. März galt ein bundesweites Kontaktverbot (Tagesschau.de, 2020a). Ab dem 20. April 2020 wurden erste Lockerungen beschlossen, am 27. April 2020 führte eine Mehrzahl der Bundesländer eine Maskenpflicht ein (Tagesschau.de, 2020b). Am darauffolgenden Tag ging die Befragung ins Feld. Zum 6. Mai 2020 beschlossen die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder u. a., dass Geschäfte unter Auflagen wiedereröffnen können und Schulen und Kitas eine erweiterte Betreuung bieten sollen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2020). Befragte, die diese Entwicklung mitbekommen haben, sind bereits nicht mehr im Auswertungssample enthalten.

## 4. Ergebnisse

### 4.1. Infektionsangst und Kriminalitätsfurcht

Die Befragten, die davon ausgehen, noch nicht mit dem Coronavirus infiziert zu sein oder gewesen zu sein<sup>15</sup>, beurteilen die Wahrscheinlichkeit einer Infektion mit dem Coronavirus sehr unterschiedlich.<sup>16</sup> Ein fast gleich großer Teil der Befragten hält eine Infektion für ziemlich wahrscheinlich (45,0 %) bzw. wenig wahrscheinlich (42,8 %). Zusammengefasst sehen 53 % der Befragten eine Infektion als (sehr) wahrscheinlich an, während 47 % dies für (sehr) unwahrscheinlich halten. Einen schweren Krankheitsverlauf hält die Mehrheit für wenig wahrscheinlich (59,2 %). Nur 7,8 % bewerten dies als ziemlich oder sehr wahrscheinlich (vgl. Tabelle 3).

Wie bereits im Forschungsstand dargelegt, zeigt sich auch hier, dass die Wahrscheinlichkeit einer Infektion im Vergleich zu einem schweren Krankheitsverlauf als höher bewertet wird. Gleichzeitig ist zu beachten, dass zeitliche Effekte vorliegen und die geschätzte Infektionswahrscheinlichkeit bereits zurückgegangen sein kann. Ebenfalls berücksichtigt werden muss, dass

---

<sup>15</sup> 15,7 % aller Befragten gehen davon, dass Sie bereits mit dem Coronavirus infiziert waren (gültige Prozent: 17,4 %). Etwa jede zehnte befragte Person macht keine Angabe.

<sup>16</sup> Erfragt wurde: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, in den nächsten zwölf Monaten...“  
„...sich mit dem Coronavirus zu infizieren?“  
„...einen schweren Krankheitsverlauf von Corona zu erleben?“

es sich bei den befragten Studierenden um eher junge Personen handelt, die im Vergleich mit älteren Befragten einen schweren Krankheitsverlauf generell als unwahrscheinlicher bewerten.

Die Wahrscheinlichkeit einer Infektion wird von Frauen etwas eher angenommen, der Zusammenhang ist jedoch als gering zu bewerten (Spearman:  $-.135$ ). Bei der Schätzung der Wahrscheinlichkeit eines schweren Krankheitsverlaufs zeigen sich keine bedeutenden Geschlechterunterschiede (Spearman:  $-.033$ ).

Einzelne Kriminalitätsereignisse<sup>17</sup> werden – mit Ausnahme der sexuellen Belästigung – von den Befragten für weniger wahrscheinlich gehalten als ein schwerer Krankheitsverlauf (vgl. Tabelle 3). Auch die kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht insgesamt weist einen geringeren Wert auf. Das Ergebnis zur sexuellen Belästigung sticht besonders hervor: In den nächsten 12 Monaten sexuell belästigt zu werden halten 17,9 % der Befragten für ziemlich bis sehr wahrscheinlich, wobei dieses Ergebnis nahezu ausschließlich auf die im Datensatz beinhaltenen Frauen zurückzuführen ist (Frauen: 24,5 %; Männer: 1,5 %). Zu berücksichtigen ist an dieser und den folgenden Stellen zur Kriminalitätsfurcht, dass die Ergebnisse zu großen Teilen auf den Angaben junger Frauen beruhen und diese in anderen Befragungen im Vergleich zu Männern, aber auch zu älteren Frauen die höchsten Werte bei der Kriminalitätsfurcht aufweisen (Oberfell-Fuchs & Kury, 2009, S. 458f.).

Tabelle 3: Kognitive Dimension bezüglich Infektion und Kriminalitätsfurcht

	Ziemlich wahrscheinlich	Sehr wahrscheinlich	Zusammen	Anzahl Befragte
Körperliche Gewalt	3,4 %	0,8 %	4,2 %	499
Einbruch	3,4 %	1,0 %	4,4 %	499
Raub	3,6 %	0,8 %	4,4 %	499
Sexuelle Belästigung	12,3 %	5,6 %	17,9 %	497
Terrorismus	1,2 %	0,8 %	2,0 %	499
Kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht <sup>18</sup>	2,6 %	0,0 %	2,6 %	500
Infektion Corona	45,0 %	8,0 %	53,0 %	362
Schwerer Krankheitsverlauf	6,1 %	1,7 %	7,8 %	360

<sup>17</sup> Die Einleitung der Fragen zu den Kriminalitätsereignissen ist vergleichbar zu der Einleitung der Frage in Fn. 16 formuliert. Die konkreten Ausprägungen sind:

„...geschlagen oder körperlich angegriffen zu werden?“

„...dass in Ihre Wohnung/Ihr Haus eingebrochen wird?“

„...überfallen und beraubt zu werden?“

„...sexuell belästigt zu werden?“

„...bei einem terroristischen Anschlag verletzt oder getötet zu werden?“

<sup>18</sup> Die zusammengefassten Variablen der kognitiven und affektiven Dimension der Kriminalitätsfurcht beinhalten jeweils nicht die sexuelle Belästigung. Dies beruht darauf, dass in einer Faktorenanalyse der kognitiven Dimension die sexuelle Belästigung mit 0,591 zwar akzeptabel, aber schwach auf den Faktor lädt und durch Ausschluss der sexuellen Belästigung ein um den Wert 0,021 höherer Reliabilitätskoeffizient erreicht werden kann. Hinzutritt, dass sich bei der Kriminalitätsfurcht zwar Geschlechterdifferenzen zeigen, diese aber bei der sexuellen Belästigung in sehr hohem Maße auftreten. Zur besseren Vergleichbarkeit der Dimensionen wurde die sexuelle Belästigung daher aus beiden Dimensionen der Kriminalitätsfurcht ausgeschlossen.

Ein bedeutender Zusammenhang zwischen kognitiver Dimension der Kriminalitätsfurcht und der Wahrscheinlichkeit einer Infektion zeigt sich eher nicht (Spearman: .098). Personen, die die Wahrscheinlichkeit eines schweren Krankheitsverlaufs höher einschätzen, weisen auch eine höhere kognitive Kriminalitätsfurcht auf (Spearman: .252).

Deutlich andere Ergebnisse zeigen sich für die affektive Dimension der Kriminalitätsfurcht und der (schweren) Infektion. Die Mehrheit der Befragten fühlt sich durch eine mögliche Infektion mit dem Coronavirus etwas bis gar nicht beunruhigt (49,6 % und 24,3 %).<sup>19</sup> Ein Beunruhigungsempfinden ist überhaupt nur bei etwa einem Viertel feststellbar (26,1 %). Die Beunruhigung, einen schweren Krankheitsverlauf zu erleben, ist mit 28,7 % vergleichbar, wobei der Anteil der starken Beunruhigung bei einer schweren Infektion etwa doppelt so hoch ist wie bei einer Infektion überhaupt (14,6 % zu 7,8 %) (vgl. Tabelle 4). Frauen zeigen sich in Bezug auf eine Infektion etwas beunruhigter als Männer (Spearman: -.126), hinsichtlich eines schweren Krankheitsverlaufs bestehen keine bedeutenden Geschlechterunterschiede (Spearman: -.088).

Durch Kriminalität ziemlich bis stark beunruhigt fühlen sich 30,6 % der Befragten. Körperliche Angriffe und terroristische Anschläge werden von circa einem Viertel als bedrohlich angesehen, Einbrüche und Raubüberfälle von circa einem Drittel. Erneut weist die sexuelle Belästigung den höchsten Wert auf (38,2 %) (vgl. Tabelle 4).

Wird nun das Beunruhigungsempfinden durch eine Infektion und einen schweren Krankheitsverlauf mit der affektiven Dimension der Kriminalitätsfurcht verglichen, so zeigt sich, dass sich alle auf einem ähnlichen Niveau befinden (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Affektive Dimension bezüglich Infektion und Kriminalitätsfurcht

	Ziemlich beunruhigt	Stark beunruhigt	Zusammen <sup>20</sup>	Anzahl Befragte
Körperliche Gewalt	13,9 %	10,1 %	23,9 %	497
Einbruch	17,9 %	16,3 %	34,3 %	496
Raub	18,1 %	13,3 %	31,4 %	497
Sexuelle Belästigung	16,9 %	21,3 %	38,2 %	492
Terrorismus	9,4 %	16,0 %	25,4 %	488
Affektive Dimension der Kriminalitätsfurcht <sup>21</sup>	17,7 %	12,9 %	30,6 %	497
Infektion Corona	18,3 %	7,8 %	26,1 %	371
Schwerer Krankheitsverlauf	14,1 %	14,6 %	28,6 %	370

Befragte, die bezüglich einer Infektion beunruhigt sind, sind auch eher durch Kriminalität beunruhigt (Spearman: .280). Ein vergleichbarer, aber stärkerer Zusammenhang zeigt sich auch

<sup>19</sup> Zu Grunde liegen die Fragen: „Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Erlebnisse an, inwieweit Sie sich dadurch beunruhigt fühlen. Inwieweit fühlen Sie sich beunruhigt, ...“

„...sich mit dem Coronavirus zu infizieren?“

„...einen schweren Krankheitsverlauf von Corona zu erleben?“

Die Fragen zu den Kriminalitätsereignissen wurden vergleichbar formuliert. Die einzelnen Ausprägungen sind in Fn. 17 berichtet.

<sup>20</sup> Bei der Addition der Werte einer ziemlichen und starken Beunruhigung kann es rundungsbedingt zu Abweichungen kommen.

<sup>21</sup> Vgl. Fn. 19.

zwischen der affektiven Kriminalitätsfurcht und der Beunruhigung, einen schweren Krankheitsverlauf zu erleben (Spearman: .368).

Im Folgenden wird die angenommene Wahrscheinlichkeit mit der empfundenen Beunruhigung in Bezug gesetzt. Dabei ist die Beunruhigung durch Kriminalität durchgängig weit höher als die angenommene Wahrscheinlichkeit, sodass ein Missverhältnis besteht. Eine geringe angenommene Wahrscheinlichkeit, dass das Ereignis eintritt, führt trotzdem zu relativ hoher Beunruhigung. Die prozentualen Anteile der Beunruhigung sind um den Faktor sechs bis 13 größer als die sehr kleinen Anteile angenommener Wahrscheinlichkeit. Erneut nimmt die sexuelle Belästigung eine Sonderrolle ein: Hier stehen angenommene Wahrscheinlichkeit und Beunruhigung am ehesten in einem gemäßigten Verhältnis zueinander: Der Anteil an Personen, die sich durch sexuelle Belästigung beunruhigt fühlen, ist nur um den Faktor zwei größer als der Anteil an Personen, die es als wahrscheinlich erachten, sexuelle Belästigung zu erleben (vgl. Tabelle 3 und 4). Ähnlich ist es bei einem schweren Krankheitsverlauf. Das Ereignis wird als wenig wahrscheinlich, aber als recht beunruhigend empfunden. Nicht so jedoch die Infektion: Diese wird mehrheitlich zwar als wahrscheinlich, aber nicht als erheblich beunruhigend bewertet.

Insgesamt gesehen ist im Vergleich der Empfindungen bezüglich eines schweren Krankheitsverlaufs und Kriminalität ein diametrales Verhältnis von angenommener Wahrscheinlichkeit und Beunruhigung zu sehen: Ein als unwahrscheinlich bewertetes Ereignis verursacht vergleichsweise große Beunruhigung.

Die kognitive und affektive Dimension der Kriminalitätsfurcht liegen weiterhin auf einem als gering zu bewertenden Niveau. Die Annahme, dass aufgrund der allgemeinen Verunsicherung in der Pandemie mit einer Zunahme der Kriminalitätsfurcht zu rechnen ist, bestätigt sich nach dieser ersten Betrachtung in der vorliegenden Stichprobe nicht, was mit den Ergebnissen der R+V (2020a, 2020b) Befragung in Einklang steht.

## **4.2. Einstellungen zu den Maßnahmen, Einhaltung dieser und Sanktionierungsbedürfnis für Maßnahmenverstöße**

### **4.2.1. Bewertungen der Maßnahmen zum Infektionsschutz**

In einer allgemeinen Einstiegsfrage<sup>22</sup> werden die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie überwiegend als eher ausreichend bewertet (39,9 %), wobei nicht viel weniger Personen diese als eher nicht ausreichend bewerten (31,7 %). In der Tendenz überwiegen Personen, die die Beschränkungen als eher oder vollkommen ausreichend bewerten gegenüber denjenigen, die diese als eher und überhaupt nicht ausreichend empfinden (59,1 % zu 40,9 %).

Einzelnen abgefragte Maßnahmen<sup>23</sup> werden mehrheitlich durchgehend als angemessen empfunden, wengleich sich ein deutliches Ranking erkennen lässt. Dabei liegen niedrigschwellige Einschränkungen – wie die Einhaltung eines Mindestabstands oder eine Maskenpflicht – weit vorne, aber auch eingreifendere Beschränkungen – wie die Schließung von Unterhaltungs-

---

<sup>22</sup> Die Formulierung lautete wie folgt: „Und ganz im Allgemeinen gefragt, inwieweit bewerten Sie die Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie als ausreichend?“

<sup>23</sup> Die Abfrage der einzelnen Maßnahmen, wie sie in Tabelle 5 angeführt sind, wurde mit folgender Formulierung eingeleitet: „Im Folgenden möchten wir von Ihnen gerne erfahren, wie Sie einige der Beschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bewerten, die diskutiert oder auch verhängt wurden.“

Freizeit- und Gastronomiebetrieben sowie von Universitäten – werden als angemessen bewertet. Durch letztere ist die befragte Gruppe der Studierenden direkt betroffen. Als weniger angemessen werden die Beschränkungen des Aufenthalts im Freien auf zwei Personen unterschiedlicher Haushalte, die weitreichenden Besuchsverbote sowie die Schließung von Geschäften und Dienstleistern beurteilt (vgl. Tabelle 5).

Es zeigen sich keine bedeutsamen Geschlechterunterschiede, Unterschiede nach Studiengang oder Unterschiede im Hinblick auf die politische Selbsteinstufung (maximale Stärke des Zusammenhangs nach Spearman: .096).

#### 4.2.2. Selbstberichtetes abweichendes Verhalten

Der Zeitraum, in dem gegen Maßnahmen hätte verstoßen werden können,<sup>24</sup> liegt je nach individuellem Befragungszeitpunkt zwischen circa sechs bis sieben Wochen. Je nachdem welche Beschränkungen betrachtet werden, sind Verstöße gegen diese teils weit verbreitet. Dazu zählen insbesondere Verstöße gegen die Einhaltung des Mindestabstands, wobei dies teilweise schwer umsetzbar und auch von dem Verhalten anderer Personen abhängig ist. Sehr verbreitet sind zudem Treffen im Freien mit zwei oder mehr Personen aus anderen Haushalten und Treffen mit mehreren Personen in einer Wohnung (vgl. Tabelle 6). Bei der Interpretation der Daten ist zum einen zu beachten, dass es sich um selbstberichtetes Verhalten handelt, welches Erinnerungseffekten unterliegen kann und das Eingestehen des Verstoßes voraussetzt. Zum anderen halten dem Forschungsstand zufolge Personen in Ausbildung seltener Abstandsregelungen ein.

Bedeutende Geschlechterunterschiede bestehen kaum (maximale Stärke des Zusammenhangs nach Cramérs V: .083), lediglich eine berufliche Tätigkeit wird von Männern etwas häufiger in Anspruch genommen (Cramérs V: .109). Kriminologisch überrascht dies, da Männer sich generell häufiger abweichend verhalten als Frauen. Ein Grund könnten darin liegen, dass es sich um teils niedrigschwellige Abweichungen handelt, deren Norm relativ neu ist. Zur Akzeptanz der Maßnahmen zeigen sich teilweise geringe bis mittlere Zusammenhänge. Deutlich ist dies bei der Beschränkung des Aufenthalts im Freien zu sehen: Personen, die diese Maßnahmen als überhaupt nicht angemessen bewerten, haben zu fast zwei Drittel gegen diese verstoßen. Dagegen haben Personen, die die Maßnahme als sehr angemessen ansehen, nur zu etwas mehr als einem Viertel dagegen verstoßen (Spearman: -.242). Bei der Einhaltung des Mindestabstandes zeigt sich ein vergleichbares Ergebnis, wenngleich der Zusammenhang nur noch gering ausgeprägt ist (Spearman: -.145). Wird die Akzeptanz von Besuchsverboten mit dem Treffen mehrerer Personen in einer Wohnung in Beziehung gesetzt, ergibt sich ein ebenfalls geringer Zusammenhang (Spearman: -.170). Bei Verstößen gegen die Ausübung und Inanspruchnahme einer Tätigkeit sind die Fallzahlen leider zu klein für Analysen, jedoch sticht der prozentuale Anteil an Verstößen bei den Personen hervor, die die Maßnahme als überhaupt nicht angemessen bewerten.

---

<sup>24</sup> Eingeleitet wurde die Abfrage der in Tabelle 6 aufgelisteten Verstöße über: „Nicht immer kann man alle Regeln konsequent befolgen. Haben Sie bereits eine der folgenden Beschränkungen einmal oder mehrmals nicht eingehalten?“.

Tabelle 5: Angemessenheit unterschiedlicher Maßnahmen zum Infektionsschutz

	Angemessen	Sehr angemessen	Zusammen	Anzahl Befragte
Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern	30,0 %	50,2 %	80,2 %	500
Schließung von Unterhaltungs-, Freizeit- und Gastronomiebetrieben	23,4 %	56,1 %	79,5 %	501
Schließung von Universitäten	32,8 %	39,6 %	72,4 %	500
Maskenpflicht in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr	25,8 %	46,2 %	72,0 %	500
Schließung von Schulen und Kindertagesstätten	30,5 %	35,5 %	66,0 %	500
Untersagung von Gottesdiensten und anderen religiösen Zusammenkünften	33,0 %	34,4 %	67,4 %	494
Untersagung von Demonstrationen und Kundgebungen	26,7 %	39,0 %	65,7 %	498
Beschränkung des Aufenthalts im Freien auf zwei Personen unterschiedlicher Haushalte	33,3 %	27,5 %	60,8 %	499
Weitreichende Besuchsverbote (bspw. privat zuhause, in Seniorenheimen)	29,3 %	28,9 %	58,2 %	498
Schließung von Geschäften und Dienstleistern	33,7 %	25,5 %	58,1 %	501

Tabelle 6: Eigene Verstöße gegen Maßnahmen zum Infektionsschutz

	Dagegen verstoßen	Mehrmalig dagegen verstoßen	Anzahl Befragte
Eine berufliche Tätigkeit ausgeübt, die eigentlich nicht ausgeübt werden dürfte (bspw. Tätigkeit innerhalb eines Geschäfts, einer Bar, einem Restaurant oder als Friseur)	3,0 %	1,6 %	495
Eine berufliche Tätigkeit in Anspruch genommen, die eigentlich nicht angeboten werden dürfte (bspw. ein Besuch in einem Geschäft, in einer Bar, einem Restaurant, bei einem Friseur)	6,7 %	1,5 %	496
Sich draußen mit zwei oder mehr Personen aufgehalten, die nicht zu ihrem Haushalt gehören	43,3 %	24,3 %	499
Den Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten	74,5 %	64,5 %	459
Sich mit mehreren Personen in einer Wohnung getroffen	49,3 %	31,8 %	497

Bei aller Vorsicht der Interpretation indizieren die Ergebnisse, dass eine starke Akzeptanz der Maßnahmen erwartungsgemäß zu einer stärkeren Einhaltung dieser führt.<sup>25</sup> Gleichzeitig zeigt sich, dass trotz hoher Akzeptanz niedrighschwellige Verstöße häufig auftreten. Gründe können darin liegen, dass neue Handlungsrountinen nicht vollständig verinnerlicht sind oder Bedürfnisse, nach bspw. persönlichen Treffen mit Familie oder Freunden, mit den neuen Normen in Konflikt stehen.

### 4.2.3. Umgang mit Verstößen gegen Beschränkungen

Mehr als neun von zehn Befragten sehen es in den meisten abgefragten Konstellationen als notwendig an, dass auf erstmalige Verstöße gegen die Maßnahmen zum Infektionsschutz reagiert wird (vgl. Abbildungen 1-10, Appendix). Lediglich für das Nichteinhalten des Mindestabstands und das Treffen mit mehreren Personen in einer Wohnung will jeweils fast ein Fünftel der Befragten von Sanktionierungen absehen (vgl. Abb. 6 und 7, Appendix).

Als angemessene Sanktion wird am häufigsten ein Bußgeld ausgewählt, danach folgt oft die Verwarnung. Ausnahmen bilden der Aufenthalt im Freien mit mehr als zwei Personen, die nicht zum eigenen Haushalt gehören (Verwarnung: 45,4 %, Bußgeld: 41,6 %), die Nichteinhaltung des Mindestabstands (Verwarnung: 66,5 %, Bußgeld: 12,8 %) und das Treffen mit mehreren Personen in einer Wohnung (Verwarnung: 37,8 %, Bußgeld: 34,2 %) (vgl. Abb. 5-7, Appendix). Gemessen an der geforderten Sanktionierung wird das Öffnen von Unterhaltung-, Freizeit- oder Gastronomiebetrieben als schwerer Verstoß angesehen, da hier immerhin fast jede dritte befragte Person eine Geldstrafe fordert. Bei der Öffnung von Geschäften oder dem Anbieten von Dienstleistungen werden vergleichsweise mildere Sanktionierungsvorstellungen geäußert. Bei beiden werden für das Anbieten bzw. Öffnen vergleichsweise schwerere Sanktionen vorgeschlagen als für die Inanspruchnahme der Leistungen (vgl. Abb. 1-4, Appendix).

Bei der Teilnahme an Demonstrationen oder Kundgebungen fordern Studierende der Rechtswissenschaften häufiger als andere Studierende eine Geldstrafe statt eines Bußgeldes, sodass ein geringer Zusammenhang besteht (Spearman: -.115). Zudem ist bei der Variable Teilnahme an Demonstrationen oder Kundgebungen ein geringer Zusammenhang (Spearman: .163) zur politischen Selbsteinstufung erkennbar: Je weiter rechts sich Befragte im politischen Spektrum verorten, desto härtere Reaktionen auf Verstöße gegen Teilnahmen an Demonstrationen oder Kundgebungen fordern sie.

Fast die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass Verstöße gegen Beschränkungen an die Polizei gemeldet werden sollten (46,5 %).<sup>26</sup> Mehr als jede sechste Person ist der Meinung, dass Verstöße auf jeden Fall gemeldet werden sollten (16,1 %). Die Position, dass Verstöße überhaupt nicht gemeldet werden sollten, wird von fast jeder zehnten Person vertreten (9,3 %). Diese Frage wird auf Seite 6 gestellt. Bereits auf Seite 1 des Fragebogens wird erfragt, ob Fehlverhalten wie illegale Müllentsorgung oder falsch geparkte Fahrzeuge der Polizei gemeldet werden sollten.<sup>27</sup> Im Vergleich zeigt sich eine recht ähnliche Antworttendenz: 47,5 % sagen,

---

<sup>25</sup> Die Wirkungsrichtung bezüglich unabhängiger und abhängiger Variable kann theoretisch über die Annahme begründet werden, dass Verhalten aus Einstellungen resultiert, und ist mit dem hier verwendeten statistischen Zusammenhangsmaß nicht nachzuweisen.

<sup>26</sup> Die Frage lautet: „Inwieweit finden Sie, dass Verstöße gegen die eben aufgeführten Beschränkungen durch die Bevölkerung an die Polizei gemeldet werden sollten?“

<sup>27</sup> „Inwieweit finden Sie, dass Fehlverhalten wie bspw. illegale Müllentsorgung oder falsch geparkte Fahrzeuge durch die Bevölkerung an die Polizei gemeldet werden sollten?“

dies sollte eher gemeldet werden, 14,3 % sind der Meinung, dass dies auf jeden Fall gemeldet werden sollte und 5,6 % sagen, dies sollte überhaupt nicht gemeldet werden. Der Zusammenhang zwischen beiden Variablen ist mit einer Spearman-Korrelation von 0,348 zwar stark, aber in Anbetracht der Ähnlichkeit der Fragen auch nicht so stark wie erwartet. Bei den beiden Fragen – Meldung von Coronaverstößen und von allgemeinen Verstößen – zeigt sich, dass fast die Hälfte der Befragten recht konsistent bei der abgegebenen Antwort bleibt, also die gleiche Einschätzung abgibt, ob ein Verstoß überhaupt nicht, eher nicht etc. gemeldet werden sollte. Jeweils ein Viertel der Befragten zeigt eine moderat bis stark höhere Anzeigebereitschaft entweder bei Corona- oder bei allgemeinen Verstößen. Eine höhere (oder auch niedrigere) Anzeigebereitschaft für Verstöße gegen Infektionsschutz-Maßnahmen ist somit nicht erkennbar. Zu einem vergleichbaren Ergebnis gelangt auch Thurnes (2020), wenngleich in der vorliegenden Erhebung unter den Studierenden die Meldebereitschaft ausgeprägter ist. Geschlechterunterschiede zeigen sich bei der Meldebereitschaft bezüglich allgemeiner Verstöße nicht. Bei der Frage, inwieweit Verstöße gegen Infektionsschutz-Maßnahmen gemeldet werden sollen, zeigt sich dagegen, dass Frauen geringfügig häufiger zu Meldungen tendieren als Männer (Spearman: -.106).

Ein Fünftel der Befragten gibt an, selbst keine Verstöße wahrgenommen zu haben.<sup>28</sup> Mehr als drei Viertel haben entsprechende Verstöße bereits wahrgenommen, aber diese nicht gemeldet. Lediglich 2,4 % aller Befragten bzw. 3,1 % der Befragten, die Verstöße wahrnahmen, haben diese auch der Polizei gemeldet.

### 4.3. Wahrnehmung der Polizei

Das Bild der Polizei bei der Durchsetzung der Corona-Beschränkungen, welches durch die 502 Befragten gezeichnet wird, ist ein eher positives und von Vertrauen in angemessenes Handeln bestimmt. Die Aussagen, die Polizei tritt freundlich auf (72,5 %), setzt nur körperliche Gewalt ein, wenn dies rechtlich geboten ist (70,7 %), sowie handelt insgesamt angemessen (69,5 %) erhalten die größte Zustimmung. Ebenso wird darauf vertraut, dass die Polizei Gesetze einhält und Rechte wahrt (68,9 %). Ein gemischteres Bild zeigt sich dagegen bei Aussagen, die die Handlungskompetenz der Polizei in der Corona-Pandemie abdecken. Zwar stimmt immer noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass der Polizei die genauen Regeln bekannt sind, die sie durchsetzen soll, jedoch zweifelt mit 43,4 % auch ein vergleichsweise großer Anteil der Befragten daran. Dies zeigt sich noch deutlicher bei der Frage, ob die Polizei in verschiedenen Situationen konsequent die gleichen Regeln anwendet, was von etwa der Hälfte der Befragten eher verneint wird (48,9 %). Dass dies – den Einschätzungen der Befragten zufolge – durchaus nicht nur mit der Situation, sondern auch mit den von dem Polizeikontakt betroffenen Personen in Zusammenhang stehen kann, zeigt die Aussage nach der Ungleichbehandlung von Personen. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten sieht eine ungleiche Behandlung bestimmter Personen durch die Polizei in der Corona-Pandemie gegeben (36,2 %). Fast zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass die Polizei die Beschränkungen eher nicht sonderlich streng auslegt (63,2 %) (vgl. Tabelle 7).

---

<sup>28</sup> Die Formulierung lautet: „Haben Sie bereits Verstöße anderer Personen gegen die abgefragten Beschränkungen wahrgenommen und dann gemeldet?“. Zur Antwort standen zur Auswahl: „Nein, keine Verstöße wahrgenommen“, „Ja, Verstöße wahrgenommen, aber nicht an die Polizei gemeldet“, „Ja, Verstöße wahrgenommen und einmal an die Polizei gemeldet“, „Ja, Verstöße wahrgenommen und mehrmals an die Polizei gemeldet“, „Keine Angabe / Weiß nicht“.

Insgesamt zeigen sich erstaunlich hohe fehlende Werte. Teils jede zehnte bis jede dritte befragte Person kann sich nicht positionieren. Auch die Studie des KFS weist bereits hohe Anteile fehlender Werte auf. Eine Erklärung für diesen Befund könnte sein, dass die Medienberichterstattung das Bild der Polizei nicht in solch ausreichendem Maße formt, dass dieses zur Bewertung herangezogen wird.

Bei einigen der abgefragten Aussagen zeichnen die befragten männlichen Studenten ein positiveres Bild der Polizei als ihre weiblichen Kommilitoninnen. Geringe Zusammenhänge zeigen sich bei angemessenem Polizeihandeln (Spearman: .102), der konsequenten Anwendung gleicher Regeln in unterschiedlichen Situationen (Spearman: .146), dem rechtlich gebotenen Einsatz körperlicher Gewalt (Spearman: -.178) und der Wahrung von Rechten und Gesetzen (Spearman: -.142). Unterschiede nach Studiengang lassen sich insofern erkennen, als Studierende anderer Studiengänge als Rechtswissenschaften eher eine ungerechte Behandlung von Personen (Spearman: -.101) und eher den Einsatz rechtlich nicht gebotener, körperlicher Gewalt sehen (Spearman: -.133). Zudem bestehen meist geringe Zusammenhänge mit der politischen Einstellung. Personen, die sich weiter rechts verorten, haben ein positiveres und stärker von Vertrauen bestimmtes Bild der Polizei.<sup>29</sup>

Tabelle 7: Wahrnehmung der Polizei

Bei der Durchsetzung der Corona-Beschränkungen...	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	Fehlend von n=502
...handelt die Polizei insgesamt angemessen.	6,4 %	24,1 %	55,0 %	14,5 %	18,9 %
...werden bestimmte Personen ungerecht behandelt.	24,3 %	39,4 %	25,7 %	10,6 %	24,7 %
...wendet die Polizei in verschiedenen Situationen konsequent die gleichen Regeln an.	14,4 %	36,7 %	42,2 %	6,7 %	37,6 %
...sind der Polizei die genauen Regeln bekannt, die sie durchsetzen soll.	8,5 %	34,9 %	45,9 %	10,7 %	29,3 %
...legt die Polizei die Beschränkungen sehr streng aus.	8,0 %	55,2 %	32,7 %	4,1 %	32,5 %
...setzt die Polizei nur körperliche Gewalt ein, wenn dies rechtlich geboten ist.	9,4 %	20,0 %	46,3 %	24,4 %	36,3 %
...kann man darauf vertrauen, dass die Polizei Gesetze einhält und Rechte wahrt.	7,1 %	20,4 %	53,0 %	19,5 %	13,1 %
...tritt die Polizei freundlich auf.	6,6 %	24,5 %	50,5 %	18,4 %	24,3 %

<sup>29</sup> Studierende, die sich im politischen Spektrum weiter rechts verorten, glauben seltener an eine ungerechte Behandlung von Personen durch die Polizei (Spearman: -.143), glauben eher daran, dass die Polizei konsequent die gleichen Regeln anwendet (Spearman: .142), gehen eher davon aus, dass der Polizei die genauen Regeln bekannt sind, die sie durchsetzen soll (Spearman: .143), körperliche Gewalt nur zum Einsatz kommt, wenn dies auch rechtlich geboten ist (Spearman: .207), vertrauen eher darauf, dass die Polizei Gesetze einhält und Rechte wahrt (Spearman: -.172) und freundlich auftritt (Spearman: -.129).

Die Wahrnehmung der Polizei ist in den seltensten Fällen durch einen aktuellen Polizeikontakt während der Pandemie entstanden. 13 der Befragten wurden einmalig, zwei Befragte mehrmals seit dem Beginn der einschränkenden Maßnahmen (16. März 2020) durch die Polizei kontrolliert. Die Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt, wobei bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten dieser vor dem Beginn der einschränkenden Maßnahmen lag, wird von jeweils mehr als einem Drittel als sehr und eher zufriedenstellend bewertet. Nur jede\*r Zehnte zeigt sich sehr unzufrieden.

## 5. Fazit

Ziel des Artikels ist es, empirische Ergebnisse aus einer Befragung zur Zeit der Pandemie zu unterschiedlichen kriminologischen Themen vorzustellen. Der Forschungsstand zeigt, dass im Zeitverlauf Angst und Beunruhigung in der Bevölkerung zurückgehen und unter dem Niveau vorausgegangener Pandemien liegen. Die Sorge um die wirtschaftliche Existenz dominiert, die Kriminalitätsfurcht belegt vergleichbar mit den R+V-Erhebungen vor der Pandemie einen der letzten Ränge. Die anfänglichen hohen Zustimmungswerte zu unterschiedlichen Maßnahmen zum Infektionsschutz sinken im Zeitverlauf und Diskussionen um Lockerungen dieser setzen ein. Über restriktiv-autoritäre Aussagen lässt sich auf eine Sanktionierungsbereitschaft von Verstößen schließen. Beobachtete Verstöße würden nach Angaben der Bevölkerung ebenso häufig gemeldet werden wie eine Ordnungswidrigkeit. Das positive Bild der Polizei setzt sich auch in der Pandemie fort.

Die hier vorliegende Befragung der 502 Studierenden der RUB erweitert den bisherigen Forschungsstand. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist insofern eingeschränkt, als mit Studierenden nur eine spezifische gesellschaftliche Gruppe befragt wurde. Die Befragung fand zu einem Befragungszeitpunkt statt, in dem das Angstempfinden bereits zurückgegangen war, Beschränkungen schon seit etwa einem Monat erlebt wurden und die Zustimmung zu diesen abnahm.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Infektion mit Corona als wesentlich wahrscheinlicher angesehen wird als ein schwerer Krankheitsverlauf und der Eintritt von Kriminalitätsereignissen. Die Beunruhigung durch eine Infektion, einen schweren Krankheitsverlauf und Kriminalität liegen auf einem vergleichbaren Niveau. Dabei ist herauszustellen, dass die als unwahrscheinlich angesehenen Kriminalitätsereignisse und ein schwerer Krankheitsverlauf zu vergleichbar großer Beunruhigung führen. Im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Pandemie liegt das Ausmaß der kognitiven und affektiven Dimension der Kriminalitätsfurcht weiterhin auf einem eher geringen Niveau. Die These, Kriminalitätsfurcht sei eine Projektionsfläche unbestimmter Ängste, kann für die Zeit der Pandemie in dieser generellen Form zunächst nicht bestätigt werden.

Wie auch andere Studien zeigen, erfahren die Maßnahmen zum Infektionsschutz große Unterstützung und werden überwiegend als angemessen beurteilt. Die Schließung von Universitäten, die die Studierenden mittragen müssen, wird von fast drei Vierteln als angemessen empfunden. Dagegen werden Kontaktbeschränkungen in Form des Aufenthalts mit mehreren Personen draußen oder Besuchsverbote weniger positiv gesehen, wenngleich immer noch mehr als die Hälfte der Befragten diese als angemessen empfinden. Die Akzeptanz der Maßnahmen spiegelt sich über geringe bis mittlere Zusammenhänge auch in der Konformität der Befragten wider. Schwerwiegendere Verstöße, wie das Anbieten oder die Inanspruchnahme beruflicher Tätigkeiten, treten selten auf, dagegen sind Verstöße gegen Kontaktbeschränkungen und Mindestabstände weit verbreitet. Insbesondere dem Befragungsergebnis der Studie von Müller-

Peters (2020, S. 17), in welcher die Mehrheit der Befragten sich überzeugt zeigte, die Maßnahmen zum Infektionsschutz „voll und ganz“ zu befolgen, muss die explizite Abfrage nach Verstößen entgegeng gehalten werden: Zumindest leichte Verstöße sind alltäglich und weit verbreitet.

Gerade bei diesen Maßnahmen, gegen die die Befragten selbst häufig verstoßen, möchte die Mehrheit der Befragten von Sanktionierungen absehen. Bei anderen Verstößen wird oftmals eine Verwarnung oder ein Bußgeld als angemessene Reaktion angesehen. Das Sanktionsbedürfnis der Befragten zeigt insbesondere, dass das Öffnen von Unterhaltungs-, Freizeit- oder Gastronomiebetrieben als schwerer Verstoß angesehen wird, da hier vergleichsweise häufig eine Geldstrafe gefordert wurde. Im Vergleich zu den tatsächlich vorgesehenen Sanktionen für die hier abgefragten Verstöße zeigen die Befragten allerdings kein unverhältnismäßig hohes Sanktionsbedürfnis trotz der unbestimmten, krisenhaften Lage und der nach Forschungsstand durchaus vorhanden Zustimmung zu restriktiv-autoritären Aussagen. Gleichzeitig wird damit deutlich, dass eine Reaktion auf den Verstoß als erforderlich erachtet wird. Fast zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass sie Verstöße gegen Infektionsschutz-Maßnahmen an die Polizei melden würden. Eine im Vergleich zu allgemeinen Verstößen höhere Anzeigebereitschaft ist nicht erkennbar, was die Ergebnisse von Thurnes (2020) stützt.

Das Bild der Polizei ist ein sehr positives, insofern stimmen die Befunde mit denen aus der Zeit vor der Corona-Pandemie überein. Die Wahrnehmung der Polizei scheint demnach auch in Krisenzeiten stabil zu sein, jedenfalls bis zum Zeitpunkt der Befragung. Jedoch zeigen die vergleichsweise hohen Zustimmungswerte zu den Aussagen, die Polizei würde bei der Durchsetzung der Corona-Beschränkungen in verschiedenen Situationen nicht konsequent die gleichen Regeln anwenden und die genauen Regeln nicht kennen, dass die Handlungskompetenz während der Pandemie kritisch betrachtet wird. Erklärungsbedürftig ist weiterhin, weshalb viele der Befragten – wie in einer anderen Studie zuvor – keine eindeutige Positionierung bzgl. ihres Bildes von der Polizei vornehmen können.

Insgesamt gesehen ist die Corona-Pandemie für die Kriminologie damit zwar ein Ereignis, welches neue, durchsetzungsbedürftige Regeln und damit verbunden neue Formen abweichenden Verhaltens mit sich bringt. Zumindest vorläufig zeigen sich jedoch keine gravierenden Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht, Sanktionierungsbedürfnisse und die Wahrnehmung der Polizei. Im Herbst und Winter können möglicherweise ansteigende Infektionszahlen und eine zunehmende Unzufriedenheit mit den Maßnahmen neue Ausgangsbedingungen bilden, so dass abzuwarten ist, ob die hier formulierten kriminologischen Schlussfolgerungen auch im weiteren Verlauf der Pandemie Bestand haben werden.

## Literaturverzeichnis

- Arnd, H., & Brockmann, K. (2020). Covid-19/SARS-CoV-2 – (k)eine polizeiliche Einsatzlage. *Kriminalistik* (5), 283–290.
- Baier, D., & Ellrich, K. (2014). Vertrauen in die Polizei im Spiegel verschiedener Befragungsstudien. In K. Ellrich, & D. Baier (Hrsg.), *Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Mixed-Method-Studie* (S. 43–90). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Blom, A.G., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M., & Cornesse, C. (2020a). *Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. März bis 27. Mai 2020*. Abgerufen von [https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona\\_Studie/28-05-](https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/28-05-)

- 2020\_Mannheimer\_Corona-Studie\_-\_Bericht\_zur\_Lage\_in\_den\_Tagen\_20\_Mrz-27\_Mai\_2020.pdf (2020, Mai 29).
- Blom, A.G., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M., & Cornesse, C. (2020b). *Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. März bis 07. Mai 2020*. Abgerufen von [https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona\\_Studie/08-05-2020\\_Mannheimer\\_Corona-Studie\\_-\\_Bericht\\_zur\\_Lage\\_in\\_den\\_Tagen\\_20\\_Mrz-07\\_Mai\\_2020.pdf](https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/08-05-2020_Mannheimer_Corona-Studie_-_Bericht_zur_Lage_in_den_Tagen_20_Mrz-07_Mai_2020.pdf) (2020, Mai 29).
- Blom, A.G., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M., & Cornesse, C. (2020c). *Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Ergebnistabelle zum Bericht zur Lage vom 20. März bis 27. Mai 2020*. Abgerufen von [https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona\\_Studie/28-05-2020\\_Ergebnistabellen\\_zum\\_Tagesbericht.pdf](https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/28-05-2020_Ergebnistabellen_zum_Tagesbericht.pdf) (2020, Mai 29).
- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (Hrsg.) (2020a). *BfR Corona Monitor vom 24. März*. Abgerufen von <https://www.bfr.bund.de/cm/343/200324-bfr-corona-monitor.pdf> (2020, Mai 31).
- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (Hrsg.) (2020b). *BfR Corona Monitor vom 28. April*. Abgerufen von <https://www.bfr.bund.de/cm/343/200428-bfr-corona-monitor.pdf> (2020, Mai 31).
- Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) (Hrsg.) (2020c). *BfR Corona Monitor vom 05. Mai*. Abgerufen von <https://www.bfr.bund.de/cm/343/200505-bfr-corona-monitor.pdf> (2020, Mai 31).
- Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2020). *Coronavirus SARS-CoV-2: Chronik der bisherigen Maßnahmen*. Abgerufen von <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html> (2020, Mai 31).
- CILIP-Redaktion (2020). *Tagebuch der Inneren Sicherheit (25. Februar – 15. Mai 2020)*. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, 122, 3–117.
- Gerhold, L. (2020). *COVID-19: Risikowahrnehmung und Bewältigungsstrategien. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland*. Abgerufen von <https://www.sicherheitsforschung.de/forschung/projekte/Corona/index.html> (2020, Mai 31).
- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.) (2020). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS - Kumulation 1980-2018*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5274 Datenfile Version 1.0.0.
- GESIS Panel Team (Hrsg.) (2020). *GESIS Panel Special Survey on the Coronavirus SARS-CoV-2 Outbreak in Germany*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5667 Datenfile Version 1.1.0.
- GfK Verein (Hrsg.) (2018). *Trust in Professions 2018 – eine Studie des GfK Vereins. Von Feuerwehrleuten bis zu Politikern*. Abgerufen von [https://www.nim.org/sites/default/files/medien/135/dokumente/2018\\_-\\_trust\\_in\\_professions\\_-\\_deutsch.pdf](https://www.nim.org/sites/default/files/medien/135/dokumente/2018_-_trust_in_professions_-_deutsch.pdf) (2020, Juni 08).
- Goersch, H.G. (2020). *Akkon-Bevölkerungsstudien zu Verhalten, Erleben und Bewältigung der deutschen Bevölkerung in der Corona-Krise. Zwischenbericht*. Unter Mitarbeit von Dr. Daniela Knuth u. a. Abgerufen von [https://www.akkon-hochschule.de/files/akkon/downloads/publikationen/2020-04-02-Zwischenbericht\\_Akkon\\_Studie.pdf](https://www.akkon-hochschule.de/files/akkon/downloads/publikationen/2020-04-02-Zwischenbericht_Akkon_Studie.pdf) (2020, Mai 31).
- Hirtenlehner, H., Hummelsheim-Doss, D., & Sessar, K. (2018). *Kriminalitätsfurcht. Über die Angst der Bürger vor dem Verbrechen*. In D. Hermann, & A. Pöge (Hrsg.), *Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 459–474). Baden-Baden: Nomos.
- Infratest dimap (Hrsg.) (2020). *CoronaTREND Deutschland*. Abgerufen von <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/coronatrend-1> (2020, Mai 30).
- Kriminologische Forschung und Statistik (KFS) beim Landeskriminalamt Niedersachsen (Hrsg.) (2016). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2015. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. Abgerufen von <https://www.pd-os.polizei-nds.de/download/72400> (2020, Mai 28).
- Lang, F., Rupprecht F., & Martin, K. (2020a). *Erste Ergebnisse unserer Begleitstudie zur Corona-Pandemie*. Abgerufen von <https://www.geronto.fau.de/download/3681/> (2020, Mai 30).

- Lang, F., Rupperecht F., & Martin, K. (2020b). *Aktuelle Ergebnisse unserer Begleitstudie zur Corona-Pandemie*. Abgerufen von <https://www.geronto.fau.de/download/3690/> (2020, Mai 30).
- Müller, U., & Schröttle, M. (2004). *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland*. Abgerufen von <https://www.bmfsfj.de/blob/84328/0c83aab6e685eeddc01712109bcbo2bo/langfassung-studie-frauen-teil-eins-data.pdf> (2020, Juni 08).
- Müller-Peters, H. (2020). *Die Wahrnehmung von Risiken im Rahmen der Corona-Krise*. Abgerufen von [https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/wirtschafts\\_und\\_rechtswissenschaften/muller-peters\\_risikowahrnehmung\\_corona\\_covid19.pdf](https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/wirtschafts_und_rechtswissenschaften/muller-peters_risikowahrnehmung_corona_covid19.pdf) (2020, Mai 30).
- Nivette, A., & Eisner, M. (2020). *Who complies with Social Distancing? First results from a longitudinal study*. Abgerufen von [https://www.vrc.crim.cam.ac.uk/sites/www.vrc.crim.cam.ac.uk/files/me\\_and\\_an\\_compliance\\_slides.pdf](https://www.vrc.crim.cam.ac.uk/sites/www.vrc.crim.cam.ac.uk/files/me_and_an_compliance_slides.pdf) (2020, Juni 07).
- Obergfell-Fuchs, J., & Kury, H (2009). Verbrechensfurcht und Einstellungen der Bevölkerung zu Kriminalität und deren Kontrolle. In H.J. Schneider (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Kriminologie. Band 2. Besondere Probleme der Kriminologie* (S. 55–480). Berlin: de Gruyter.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2020). *Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Ministerpräsident Söder und dem Ersten Bürgermeister Tschentscher im Anschluss an das Gespräch mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in Berlin*. Mit-schrift Pressekonferenz, Mittwoch, 6. Mai 2020. Abgerufen von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-ministerpraesident-soeder-und-dem-ersten-buergermeister-tschentscher-im-anschluss-an-das-gespraech-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-1751050> (2020, Juni 02).
- Rees, J., Papendoick, M., Rees, Y., Wäschle, F., & Zick, A. (2020). *Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland*. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). Abgerufen von <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2942930/2942931/Rees%20et%20al.%20Erste%20Ergebnisse%20einer%20Online-Umfrage%20zur%20gesellschaftlichen%20Wahrnehmung%20des%20Umgangs%20mit%20der%20Corona-Pandemie%20in%20Deutschland.pdf> (2020, Mai 30).
- Renner, B., Koller, J., Lages, N., Villinger, K., & Schupp, H. (2020). *EUCLID-Project. Risk perceptions & behavior in the context of the current Coronavirus outbreak*. 3rd Report, May 07, 2020, Focus: Germany, 6 Waves of Data Collection, Data Collection 2020-02-02 to 2020-04-26. Abgerufen von [https://euclid.dbvis.de/assets/pdfs/EUCLID\\_Report\\_3.pdf](https://euclid.dbvis.de/assets/pdfs/EUCLID_Report_3.pdf) (2020, Mai 31).
- Rieger, M.O. (2020). *Was denken junge Menschen über die soziale Distanzierung während der Corona-Krise in Deutschland?* Abgerufen von [https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Corona\\_Paper\\_DE.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Corona_Paper_DE.pdf) (2020, Mai 30).
- Rieger, M.O., & Wang, M. (2020a). *Trust in Government Actions during the COVID-19 Crisis*. Abgerufen von [https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Trust\\_in\\_Government\\_Actions\\_during\\_the\\_COVID-19\\_Crisis.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Trust_in_Government_Actions_during_the_COVID-19_Crisis.pdf) (2020, Mai 30).
- Rieger, M.O., & Wang, M. (2020b). *Secret erosion of the “lockdown”? Patterns in daily activities during the SARS-Cov2 pandemics around the world*. Abgerufen von [https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Activity\\_27.04.2020.pdf](https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb4/prof/BWL/FIN/Files/Activity_27.04.2020.pdf) (2020, Mai 30).
- R+V (Hrsg.) (2020a). *Die Ängste der Deutschen 2020*. Abgerufen von <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/Content/presse/die-aengste-der-deutschen/aengste-corona/ruv-aengste-corona-grafiken.pdf> (2020, Juni 02).
- R+V (Hrsg.) (2020b). *Die Ängste der Deutschen 2020*. Abgerufen von <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/Content/presse/die-aengste-der-deutschen/aengste-grafiken/ruv-aengste-grafiken.pdf> (2020, September 12).
- Schreyögg, J., Sabat, I., Neuman-Böhme, S., Varghese, N., van Exel, J., Barros, P.P., Brouwer, W., & Stargardt, T. (2020). *Countering COVID-19: A European survey on acceptability and commitment*

- to preventive measures. Abgerufen von <https://www.hche.uni-hamburg.de/forschung/corona/countering-corona---first-results-new.pdf> (2020, Mai 30).
- Schulze, K., Bock, N., Dittmer, C., Flörchinger, V., Lorenz, D.F., Merkes, S.T., & Voss, M. (2020). *Die SARS-CoV-2-Pandemie aus Sicht der Bevölkerung. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung*. KFS Working Paper Nr. 16. Abgerufen von [https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/27062/Schulze\\_et\\_al\\_2020\\_SARS\\_CoV\\_2\\_Pandemie\\_aus\\_Sicht\\_der\\_Bev%C3%B6lkerung.pdf?sequence=2&isAllowed=y](https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/27062/Schulze_et_al_2020_SARS_CoV_2_Pandemie_aus_Sicht_der_Bev%C3%B6lkerung.pdf?sequence=2&isAllowed=y) (2020, Mai 30).
- Schwering, M. (2020). *Jürgen Habermas über Corona: „So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie“*. Abgerufen von <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/juergen-habermas-coronavirus-krise-covid19-interview-13642491.html> (2020, September 11).
- Tagesschau.de (Hrsg.) (2020a). *Chronik zur Coronakrise. Ein Virus verändert die Welt*. Abgerufen von <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/hintergrund/corona-chronik-pandemie-103.html> (2020, Mai 31).
- Tagesschau.de (Hrsg.) (2020b). *Chronik zur Corona-Krise. Ausnahmezustand als neue Normalität*. Abgerufen von <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/hintergrund/corona-chronik-pandemie-109.html> (2020, Mai 31).
- Thurnes, H. (2020). Sicherheit und Zusammenhalt in Zeiten von Corona – Eine Quantitative Bevölkerungsbefragung in Hamburg. *KriPoZ*, 5(4), 257–262.
- YouGov (Hrsg.) (2020a). *COVID-19: Alle YouGov-Ergebnisse auf einen Blick*. Abgerufen von <https://yougov.de/news/2020/05/11/covid-19-alle-yougov-ergebnisse-auf-einen-blick/> (2020, Mai 30).
- YouGov (Hrsg.) (2020b). *Ergebnisse: Arzttermin, Kontaktbeschränkung und Gendern*. Abgerufen von <https://yougov.de/opi/surveys/results/#/survey/e696eb9d-9f28-11ea-a1ec-0b84a4783cc5> (2020, Juni 01).
- Wagschal, U., Jäckle, S., Hildebrandt, A., & Trüdinger, E.-M. (2020). *Ausgewählte Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus*. Abgerufen von [https://www.politik-panel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung\\_PPD\\_Corona\\_Umfrage\\_Mai2020.pdf](https://www.politik-panel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Corona_Umfrage_Mai2020.pdf) (2020, Juni 03).
- Wartusch, E. (2020). *Bürger melden eifrig Verstöße gegen Corona-Regeln*. Abgerufen von <https://www.br.de/nachrichten/bayern/buerger-melden-eifrig-verstoesse-gegen-corona-regeln,RuGXp1h> (2020, Juni 02).

### Kontakt | Contact

Julia Habermann | Ruhr Universität Bochum | Lehrstuhl für Kriminologie | [julia.habermann@rub.de](mailto:julia.habermann@rub.de)

Prof. Dr. Tobias Singelnstein | Ruhr Universität Bochum | Lehrstuhl für Kriminologie | [tobias.singelnstein@rub.de](mailto:tobias.singelnstein@rub.de)

Louisa Zech | Ruhr Universität Bochum | Lehrstuhl für Kriminologie | [louisa.zech@rub.de](mailto:louisa.zech@rub.de)

## Appendix

Abbildung 1

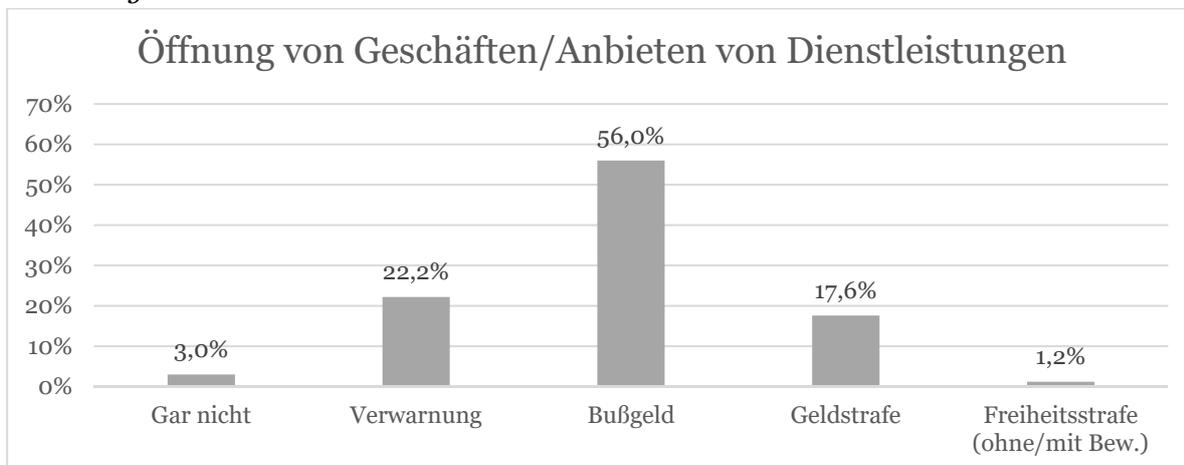


Abbildung 2

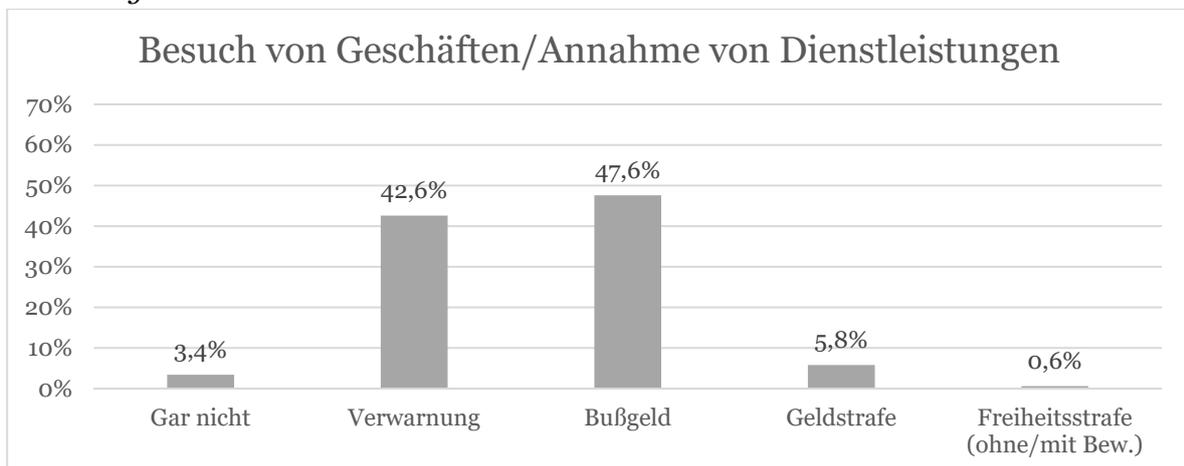


Abbildung 3

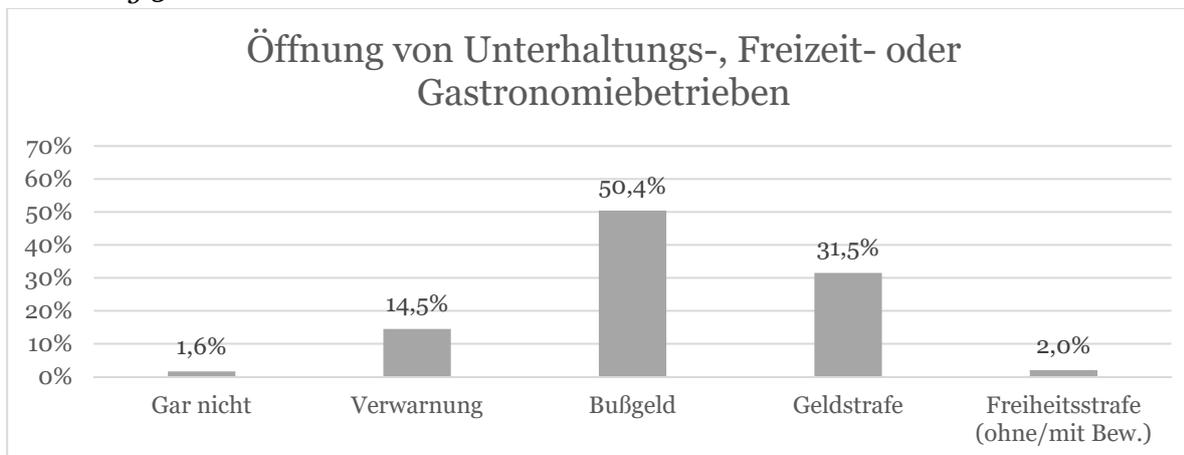


Abbildung 4

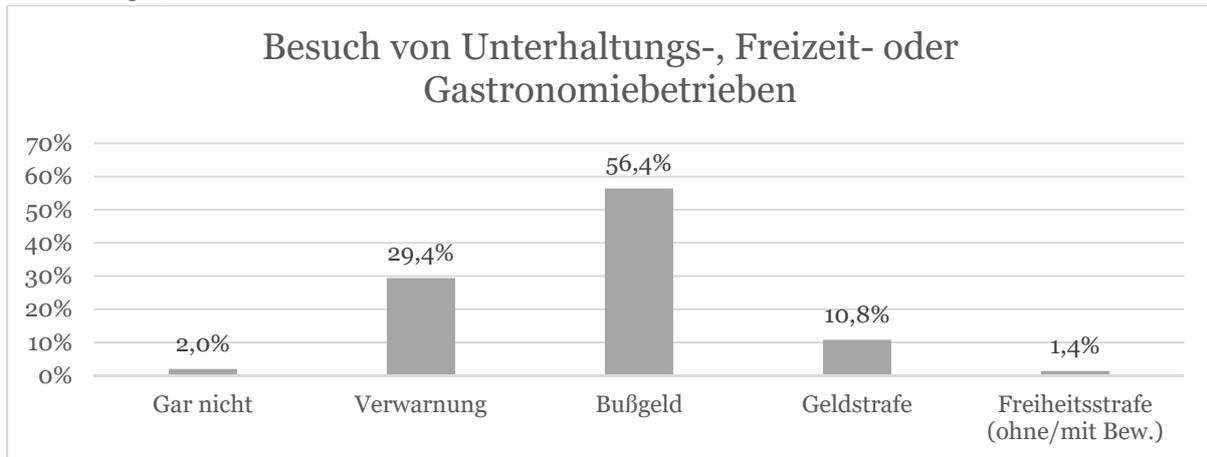


Abbildung 5

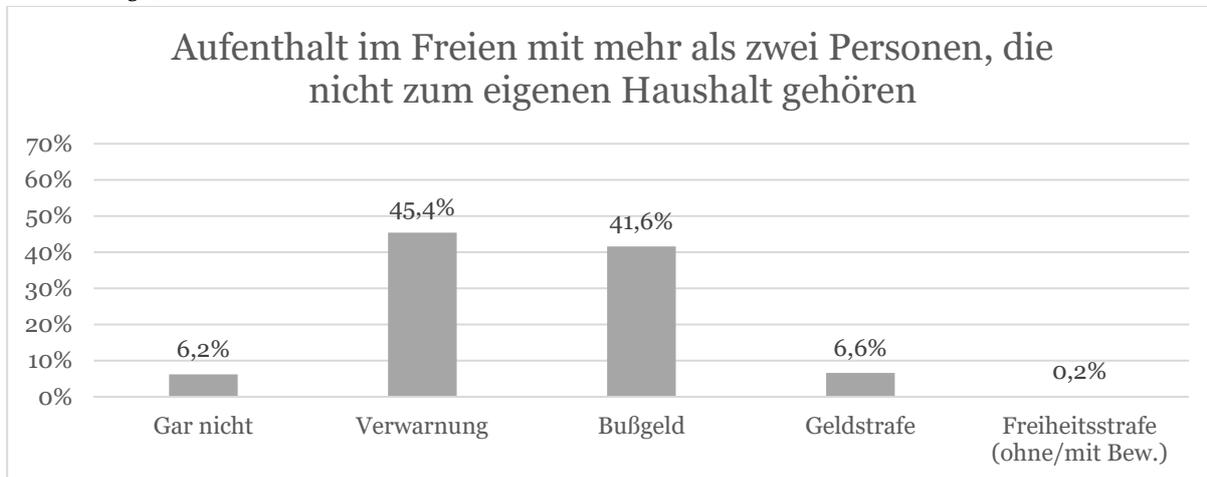


Abbildung 6

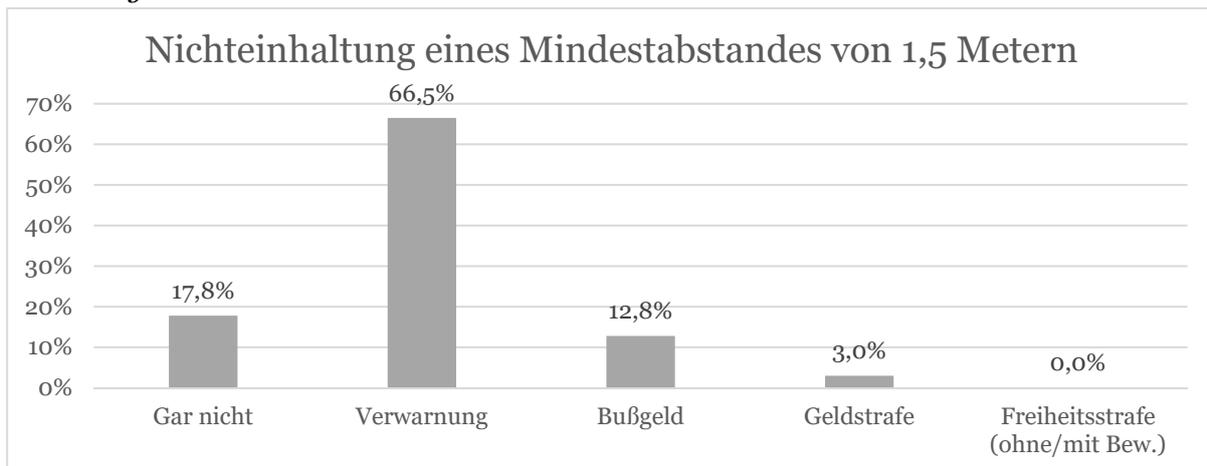


Abbildung 7

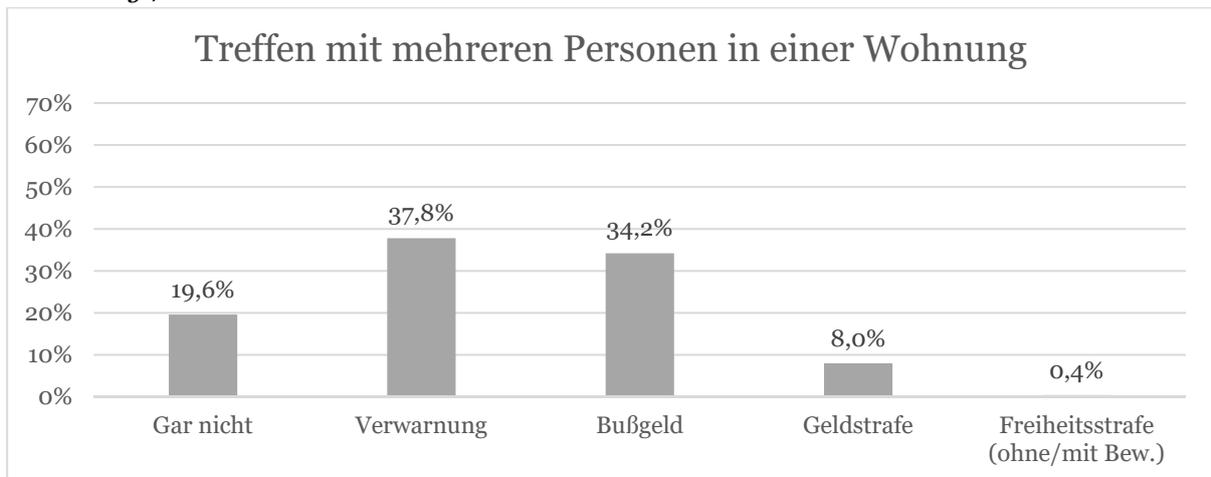


Abbildung 8

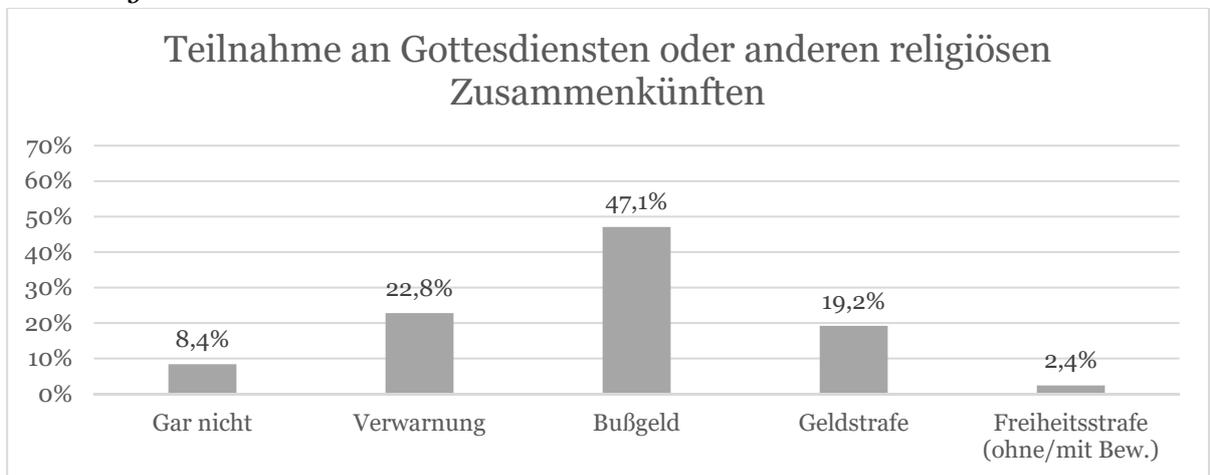


Abbildung 9

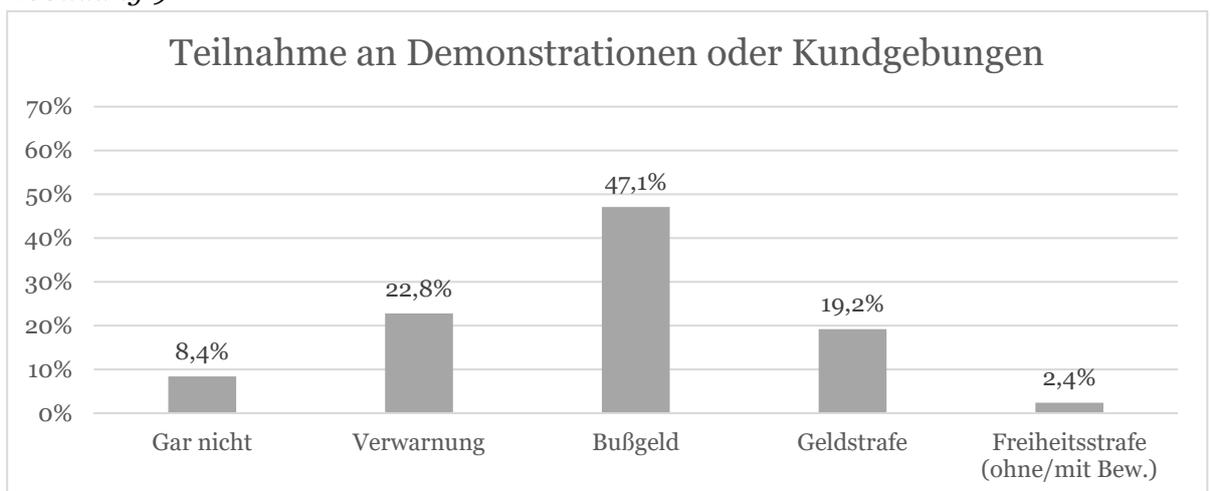


Abbildung 10

